il manifesto

Massimo Serafini Lucio Magri Luigi Pintor

Die Einheit der Klassen-Linken herstellen

NATIONALE ARBEITER-KONFERENZ
Mailand 30.-31. Januar 1971

Arbeitspapiere No. I
Internationale Marxistische Diskussion
Merve Verlag Berlin

DM 1.80

Vorwort

Dieser Text wurde von Massimo Serafini unter Mitarbeit von Lucio Magri und Luigi Pintor verfaßt, als einleitender Bericht zu der Nationalen Arbeiterkonferenz, an der am 3o. und 31. Jan. 1971 in Mailand 1500 Arbeitermilitante teilnahmen, die vorwiegend zur Manifesto-Gruppe und Potere Operaio gehören.

Dieser [vom Merve-Kollektiv als Arbeitspapier veröffentlichte] Bericht muß zunächst im Zusammenhang mit der politischen Konjunktur in Italien gesehen werden: die Arbeiteroffensive der Jahre 1968/69 hat die Unternehmer zu sehr substanziellen Konzessionen gezwungen und so die Mechanismen der kapitalistischen Akkumulation erschüttert. Die Versuche der Bourgeoisie, die Situation zu "stabilisieren" und die klassischen Gleichgewichte wiederherzustellen, sind an der Kampfbereitschaft der Arbeiter gescheitert, die sich während des ganzen letzten Jahres - trotz der Appelle an die "Verantwortlichkeit" vonseiten der traditionellen Klassenorganisationen - im Widerstand gegen Disziplin, Bandgeschwindigkeiten und autoritäre Hierarchie äußerte, allerdings in ziemlich unkoordinierter Form.

Die Macht der Bourgeoisie ist nicht stark genug, um die Arbeiterklasse durch eine deflationistische Politik, die in solchen Situationen ihre übliche Waffe ist, "zur Vernunft zu bringen". Umgekehrt hat die Arbeiterklasse nicht die politische Macht, um einen Frontalangriff gegen das System zu lancieren, obwohl dieses objektiv von ihr abhängt: wenn sie intransigent bliebe, würde dies genügen, um das System funktionsunfähig zu machen und die Herrschaft des bürgerlichen Staates zu beenden. Diese konkrete Möglichkeit befürchten die traditionellen Klassenorganisationen: sie weigern sich, eine revolutionäre Krise anzusteuern, und schüchtern die Massen ein, indem sie die Gefahr einer reaktionären Offensive und eines wirtschaftlichen Chaos aufzeigen, die letzten Endes auf Kosten der Arbeiter gingen. Für die Verfasser des Berichtes kann unter diesen Voraussetzungen die Bewegung gegenwärtig nur dann die Gefahren einer Rückentwicklung und Zersplitterung vermeiden und reformistischen Pseudolösungen widerstehen, wenn:

1) ihre Forderungen und Angriffsziele das System hindern, die klassischen Gleichgewichte der Wirtschaft, sei es auch nur provisorisch, wiederherzustellen (was ihm in Frankreich trotz allem gelang), und

2) wenn die Bewegung in der Lage ist, einer verschärften Krise des Kapitalismus, die von ihr ausgelöst werden kann, eine revolutionäre Lösung entgegenzuhalten.

Ausgehend von dieser Analyse schlägt das "Manifesto" vor:

1) Einen "Katalog von Kampfforderungen", der die Arbeiterklasse davor bewahrt, sich zu spalten und ihre Kräfte zu zerstreuen;

2) organisatorische Übergangsmittel, um in Betrieben und Stadtteilen die Arbeiteravantgarden in "politischen Komitees" zusammenzuschließen, die gleichzeitig die Vorstufe für eine neue, in die direkten Massenkämpfe eingegangene Partei und für eine Bewegung von autonomen Räten bilden, die die Dua-

lität Gewerkschaft-Partei, Masse-Avantgarde überwinden soll. Hier finden wir in artikulierterer Form die Dialektik der permanenten Doppelherrschaft wieder, wie sie von Rossana Rossanda in ihrer Diskussion mit Sartre ansatzweise aufgezeigt wurde [vgl. Partei und Klasse, Berlin 1970, IMD 5] .

André Gorz

(Les Temps modernes, No. 296
März 1971)

Die Einheit der Klassenlinken herstellen

Genossen,

dieser Kongreß ist weder ein Seminar noch eine Tagung; er ist eine Arbeitskonferenz, auf der eine Linie für die unmittelbare Aktion entworfen werden soll, an der sich alle Arbeiteravantgarden und politisch aktiven Gruppen in den Betrieben im Hinblick auf die genauen Etappen des Kampfes orientieren können.

Es sind hier Arbeitergenossen aus zahlreichen Großbetrieben und zahlreichen Provinzen versammelt. Sie sind in der Mehrheit mit der politischen Arbeit des "Manifesto" verbunden, denn die Initiative für diesen Kongreß ging vom "Manifesto" aus, und im Namen des "Manifesto" wird dieser einleitende Bericht gegeben. Aber es handelt sich nicht um den Kongreß einer Gruppe. Wir haben zuvor bereits Themen und Organisation mit den Genossen von "Potere Operaio" diskutiert, die hier in großer Zahl vertreten sind und mit denen wir schon bei verschiedenen Gelegenheiten gemeinsame Arbeitsansätze entwickelt haben. Wir haben zwar nicht dieselbe allgemeine Linie, und es mag zwischen uns in besonderen Punkten der Basisarbeit erhebliche Divergenzen geben; dennoch glauben wir, daß es neben dem gemeinsamen revolutionären Ziel zwischen uns jenes Minimum von Übereinstimmung gibt, das notwendig ist, wenn die Aktionseinheit ihren fragilen und episodischen Charakter überwinden will. Vor allem haben die Genossen von "Potere Operaio" und wir selbst erkannt, wie wichtig und dringend es ist, die Spaltungen und das ideologische Sektierertum zu bewältigen, die heute die revolutionären Avantgarden paralysieren und die Bildung einer glaubwürdigen "Alternative" zur Linie der traditionellen Arbeiterbewegung verhindern. Natürlich muß dieser Sammlungsprozeß, wenn er wirksam und real sein will, ein weitaus größeres Spektrum von Kräften als die hier vertretenen umfassen: er muß intensiv auf das Potential der KP und der Gewerkschaft, auf die katholischen Avantgarden und die Mehrheit der sogenannten Minderheitsgruppen einwirken können. Für uns sollte dieser Kongreß schon ein Schritt in diese Richtung sein. Das war jedoch nicht möglich, weil, wie wir später sehen werden, ein Sammlungsprozeß oder auch nur eine konstruktive Konfrontation von Positionen noch auf sehr ernsthafte Hindernisse stößt. Daher haben wir auch Genossen von anderen Gruppen und Richtungen eingeladen, ohne sie wirklich in die Vorbereitung und den Ablauf des Kongresses mit einbeziehen zu können, denn der zwischen uns bislang erreichte Grad der Einheit ist nicht ausreichend, eine erfolgreiche Diskussion zu gewährleisten. Diese Entscheidung beinhaltet also weder Sektierertum noch die Absicht, die Einheitsaktion zu beschränken, die mit diesem Kongreß beginnen soll.

Genossen, wir stehen heute mit allen Avantgarden, die an den Kämpfen teilgenommen haben, vor einem schwierigen und äußerst bedeutenden Problem, das vielleicht sogar unsere Kräfte übersteigt. Grob gesprochen geht es um folgendes: wie ist es möglich, das Niveau und den offensiven Charakter des Kampfes dieser letzten Jahre zu erhalten und sogar zu steigern angesichts

der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, der Gegenoffensive der Bourgeoisie, des Fehlens einer echten politischen Perspektive auf der Linken, und angesichts der Krise und opportunistischen Manöver der großen Arbeiterorganisationen?
Zum ersten Mal in der Geschichte des Klassenkampfes in Italien folgte auf die Beendigung der großen Vertragskämpfe keine Periode der Ruhe. Auch im Jahre 1970 befanden sich die Arbeiter weiter in der Offensive. Die neuen Vertragskämpfe, die nach der ersten großen Welle und somit bereits in einem gespannteren Klima ausbrachen, waren keineswegs weniger militant und in ihren Ergebnissen weniger erfolgreich als 1969. Im Frühjahr und vor allem im Herbst kam es in fast allen großen Betrieben erneut zu harten Auseinandersetzungen, mit sehr fortgeschrittenen Forderungen und sehr harten Kampfformen. Über diese konkreten Konflikte hinaus und unabhängig von jedem organisierten Willen hat sich bei den Arbeitern ein Klima der Insubordination erhalten; bezeichnend dafür sind der massive Anstieg der Krankmeldungen und nachlassende Arbeitsdisziplin.

Gewiß haben diese Kämpfe nicht immer einen befriedigenden Ausgang gezeigt. Es ist sogar nur selten gelungen, die fortgeschrittensten Forderungen, aus denen die Kämpfe entstanden waren, in konkrete Ziele und dauerhafte Vereinbarungen umzusetzen. Dennoch ist es unbestreitbar, daß die Gegenoffensive der Unternehmer insgesamt gescheitert ist, und daß es ihnen weder gelungen ist, ihre Macht noch die für eine neue Phase der kapitalistischen Entwicklung notwendigen Gewinnspannen wiederherzustellen. Trotz des stark verbreiteten Überstundensystems ist die Arbeitszeit erheblich verkürzt worden, hat sich die Schichtarbeit nicht weiter verbreitet, und die Unternehmer mußten einen Produktionsrückgang verzeichnen, obwohl sie neue Arbeitskräfte eingestellt hatten. Zwar hat der neue Angriff der Arbeiter gegen Akkord und Qualifizierungen keinen Erfolg gehabt, dennoch gelang es den Unternehmern, im Gegensatz zu 1964, nicht, eine allgemeine Gegenoffensive im Bereich der Reorganisation der Arbeit, der Erhöhung der Bandgeschwindigkeiten und der Dequalifizierung zu starten.

Aus dieser Situation ergibt sich eine ungeheure politische Implikation; sie enthält ein Potential des Bruchs, das noch größer als das der Kämpfe von 1969 ist, denn sie zeigt in vollem Licht, welches Niveau die Ablehnung der Einkommenspolitik und der Logik der Produktivität durch die Arbeiter erreicht hat, und sie zeigt den Grad der Autonomie und die Fähigkeit zur Selbstverwaltung, über die die Arbeiteravantgarden, zumindest in den großen Betrieben, verfügen. Wir haben es also mit einem neuen objektiven und subjektiven Kräfteverhältnis zu tun, das aus einem Jahrzehnt Kampferfahrungen resultiert, denen das System lange nichts wird entgegensetzen können und mit denen die KP Italiens und die Gewerkschaft rechnen müssen.
Es hat kein Nachlassen der Arbeiterbewegung gegeben; die parlamentarischen Manöver Berlinguers, die Drohungen Carlis und Glisentis (1), die Repression der Polizei und die sehr zahlreichen Gewerkschaftsaustritte werden daran nichts ändern. Wenn die Kapitalisten und die Funktionäre der PCI die Situation in den Betrieben normalisieren und die Produktivität erneut steigern

wollen, müssen sie künftig wissen, daß ihnen sehr harte Auseinandersetzungen bevorstehen, daß sie den Preis zahlen müssen und daß er sehr hoch sein kann. Dies ist die Situation, in der wir mit unserer Arbeit ansetzen müssen. Es ist nicht unsere Aufgabe, Arbeiterkämpfe zu erfinden, sondern wir müssen lediglich in der Lage sein, ihnen Geschlossenheit, Organisation und Perspektiven zu geben.

Deshalb, Genossen, hat sich seit dem Winter 1969 viel geändert. Der Rahmen, in dem sich die Arbeiterkämpfe abspielen, hat sich grundlegend geändert: und nicht im positiven Sinne. Zwei neue Elemente charakterisieren die gegenwärtige Situation und bestimmen entscheidend die Entwicklung der Kämpfe: die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation des Landes und die rapide Rechtsentwicklung der PCI und der Gewerkschaft.

Diese Phänomene haben wir seit langem vorausgesehen; aber der Wandel hat sich viel schneller und heftiger vollzogen, als wir dachten. Die Krise der italienischen Wirtschaft ist nicht nur ein Schreckgespenst, mit dem die Kapitalisten und die Regierenden die Arbeiter zur Vernunft bringen wollen. Unserer Meinung nach ist die Wirtschaftskrise auch in struktureller Hinsicht viel ernster als die Unternehmer selbst glauben oder eingestehen. Sie übertreiben die konjunkturellen Schwierigkeiten, die sich am Horizont abzeichnen, die jedoch nicht so schwer sind: die konjunkturelle Situation der italienischen Industrie hat sich nicht so sehr verschlechtert, denn die Gewinnspannen, die Produktivitätssteigerungen zwischen 1963 und 1968 sowie die Preissteigerungen der letzten Monate ermöglichen es den Kapitalisten, zu produzieren und Geld zu verdienen, und durch das wirtschaftspolitische Instrumentarium, über das die Macht verfügt, kann eine abrupte Blockkierung des Produktionsmechanismus verhindert werden. Aber sie unterschätzen wahrscheinlich die langfristige Entwicklung der Krise, die uns in erster Linie interessiert.

Die Schwierigkeiten der italienischen Wirtschaft sind nicht neu. Sie ist 1964 in eine Phase der latenten Krise eingetreten, und diese Krise hat sich inzwischen verschärft. Ihr liegt der Klassenkampf der Arbeiter zugrunde und deren Weigerung, für die Kosten der Entwicklung aufzukommen. Diese Weigerung beruht nicht nur auf einem fortgeschrittenen Stand der Klassenorganisation und des Klassenbewußtseins und noch weniger auf dem Einfluß und der Agitation radikaler Gruppen, wie Carli und Glisenti glauben. Sie beruht vor allem auf der Tatsache, daß es dem italienischen Kapitalismus nicht möglich war, die Konsequenzen der Insubordination der Arbeiter mit geeigneten Instrumenten, d.h. auf dynamische Weise, entgegenzutreten. Die Kapitalisten machen sich heute Illusionen, wenn sie glauben, diese schwierige Kraftprobe vermeiden zu können, indem sie die Macht, aber nur in geringem Umfang, mit der kommunistischen Partei teilen, wie sie sich gestern Illusionen gemacht hatten, als sie auf das Zusammengehen mit den Sozialisten setzten, und vorgestern, als sie mit dem Block von Scelba und Tambroni zusammengingen (2). Aber die Probleme existieren nach wie vor. Sie liegen in der internationalen Arbeitsteilung, die Italien eine untergeordnete Rolle zugewiesen hatte - die Herstellung von Gütern, die viel menschliche Arbeitskraft erfordern - und die

der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, der Gegenoffensive der Bourgeoisie, des Fehlens einer echten politischen Perspektive auf der Linken, und angesichts der Krise und opportunistischen Manöver der großen Arbeiterorganisationen?
Zum ersten Mal in der Geschichte des Klassenkampfes in Italien folgte auf die Beendigung der großen Vertragskämpfe keine Periode der Ruhe. Auch im Jahre 1970 befanden sich die Arbeiter weiter in der Offensive. Die neuen Vertragskämpfe, die nach der ersten großen Welle und somit bereits in einem gespannteren Klima ausbrachen, waren keineswegs weniger militant und in ihren Ergebnissen weniger erfolgreich als 1969. Im Frühjahr und vor allem im Herbst kam es in fast allen großen Betrieben erneut zu harten Auseinandersetzungen, mit sehr fortgeschrittenen Forderungen und sehr harten Kampfformen. Über diese konkreten Konflikte hinaus und unabhängig von jedem organisierten Willen hat sich bei den Arbeitern ein Klima der Insubordination erhalten; bezeichnend dafür sind der massive Anstieg der Krankmeldungen und nachlassende Arbeitsdisziplin.

Gewiß haben diese Kämpfe nicht immer einen befriedigenden Ausgang gezeigt. Es ist sogar nur selten gelungen, die fortgeschrittensten Forderungen, aus denen die Kämpfe entstanden waren, in konkrete Ziele und dauerhafte Vereinbarungen umzusetzen. Dennoch ist es unbestreitbar, daß die Gegenoffensive der Unternehmer insgesamt gescheitert ist, und daß es ihnen weder gelungen ist, ihre Macht noch die für eine neue Phase der kapitalistischen Entwicklung notwendigen Gewinnspannen wiederherzustellen. Trotz des stark verbreiteten Überstundensystems ist die Arbeitszeit erheblich verkürzt worden, hat sich die Schichtarbeit nicht weiter verbreitet, und die Unternehmer mußten einen Produktionsrückgang verzeichnen, obwohl sie neue Arbeitskräfte eingestellt hatten. Zwar hat der neue Angriff der Arbeiter gegen Akkord und Qualifizierungen keinen Erfolg gehabt, dennoch gelang es den Unternehmern, im Gegensatz zu 1964, nicht, eine allgemeine Gegenoffensive im Bereich der Reorganisation der Arbeit, der Erhöhung der Bandgeschwindigkeiten und der Dequalifizierung zu starten.

Aus dieser Situation ergibt sich eine ungeheure politische Implikation; sie enthält ein Potential des Bruchs, das noch größer als das der Kämpfe von 1969 ist, denn sie zeigt in vollem Licht, welches Niveau die Ablehnung der Einkommenspolitik und der Logik der Produktivität durch die Arbeiter erreicht hat, und sie zeigt den Grad der Autonomie und die Fähigkeit zur Selbstverwaltung, über die die Arbeiteravantgarden, zumindest in den großen Betrieben, verfügen. Wir haben es also mit einem neuen objektiven und subjektiven Kräfteverhältnis zu tun, das aus einem Jahrzehnt Kampferfahrungen resultiert, denen das System lange nichts wird entgegensetzen können und mit denen die KP Italiens und die Gewerkschaft rechnen müssen.
Es hat kein Nachlassen der Arbeiterbewegung gegeben; die parlamentarischen Manöver Berlinguers, die Drohungen Carlis und Glisentis (1), die Repression der Polizei und die sehr zahlreichen Gewerkschaftsaustritte werden daran nichts ändern. Wenn die Kapitalisten und die Funktionäre der PCI die Situation in den Betrieben normalisieren und die Produktivität erneut steigern

wollen, müssen sie künftig wissen, daß ihnen sehr harte Auseinandersetzungen bevorstehen, daß sie den Preis zahlen müssen und daß er sehr hoch sein kann. Dies ist die Situation, in der wir mit unserer Arbeit ansetzen müssen. Es ist nicht unsere Aufgabe, Arbeiterkämpfe zu erfinden, sondern wir müssen lediglich in der Lage sein, ihnen Geschlossenheit, Organisation und Perspektiven zu geben.

Deshalb, Genossen, hat sich seit dem Winter 1969 viel geändert. Der Rahmen, in dem sich die Arbeiterkämpfe abspielen, hat sich grundlegend geändert: und nicht im positiven Sinne. Zwei neue Elemente charakterisieren die gegenwärtige Situation und bestimmen entscheidend die Entwicklung der Kämpfe: die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation des Landes und die rapide Rechtsentwicklung der PCI und der Gewerkschaft.

Diese Phänomene haben wir seit langem vorausgesehen; aber der Wandel hat sich viel schneller und heftiger vollzogen, als wir dachten. Die Krise der italienischen Wirtschaft ist nicht nur ein Schreckgespenst, mit dem die Kapitalisten und die Regierenden die Arbeiter zur Vernunft bringen wollen. Unserer Meinung nach ist die Wirtschaftskrise auch in struktureller Hinsicht viel ernster als die Unternehmer selbst glauben oder eingestehen. Sie übertreiben die konjunkturellen Schwierigkeiten, die sich am Horizont abzeichnen, die jedoch nicht so schwer sind: die konjunkturelle Situation der italienischen Industrie hat sich nicht so sehr verschlechtert, denn die Gewinnspannen, die Produktivitätssteigerungen zwischen 1963 und 1968 sowie die Preissteigerungen der letzten Monate ermöglichen es den Kapitalisten, zu produzieren und Geld zu verdienen, und durch das wirtschaftspolitische Instrumentarium, über das die Macht verfügt, kann eine abrupte Blockkierung des Produktionsmechanismus verhindert werden. Aber sie unterschätzen wahrscheinlich die langfristige Entwicklung der Krise, die uns in erster Linie interessiert.

Die Schwierigkeiten der italienischen Wirtschaft sind nicht neu. Sie ist 1964 in eine Phase der latenten Krise eingetreten, und diese Krise hat sich inzwischen verschärft. Ihr liegt der Klassenkampf der Arbeiter zugrunde und deren Weigerung, für die Kosten der Entwicklung aufzukommen. Diese Weigerung beruht nicht nur auf einem fortgeschrittenen Stand der Klassenorganisation und des Klassenbewußtseins und noch weniger auf dem Einfluß und der Agitation radikaler Gruppen, wie Carli und Glisenti glauben. Sie beruht vor allem auf der Tatsache, daß es dem italienischen Kapitalismus nicht möglich war, die Konsequenzen der Insubordination der Arbeiter mit geeigneten Instrumenten, d.h. auf dynamische Weise, entgegenzutreten. Die Kapitalisten machen sich heute Illusionen, wenn sie glauben, diese schwierige Kraftprobe vermeiden zu können, indem sie die Macht, aber nur in geringem Umfang, mit der kommunistischen Partei teilen, wie sie sich gestern Illusionen gemacht hatten, als sie auf das Zusammengehen mit den Sozialisten setzten, und vorgestern, als sie mit dem Block von Scelba und Tambroni zusammengingen (2). Aber die Probleme existieren nach wie vor. Sie liegen in der internationalen Arbeitsteilung, die Italien eine untergeordnete Rolle zugewiesen hatte - die Herstellung von Gütern, die viel menschliche Arbeitskraft erfordern - und die

heute dazu tendiert, diese Funktion einzuschränken, ohne eine neue zu sichern. Diese Probleme beruhen auf der ungeheuren Last der unterentwickelten Regionen und Sektoren, die lange Zeit die kapitalistische Entwicklung vorangetrieben haben, und die ihr heute im Wege stehen. Sie beruhen weiterhin auf der Abnutzung eines Investitionszyklus, ohne daß sich ein neuer ebenso profitversprechender Zyklus abzeichnet. Es sind die Probleme eines politischen und institutionellen Apparates, der sich in seiner Isolation aufgebläht hat und sich in den undurchsichtigen Intrigen des Kliententums und in paralysierenden Machtgleichgewichten verliert, unfähig, die kapitalistische Entwicklung zu lenken.

Unter diesen Bedingungen konnte die heute so schwierige Normalisierung in den Betrieben ohnehin nur provisorisch sein, und wenig geeignet für die eigentlichen Expansionsbedürfnisse des Systems. Für das Kapital ist sie eine zwar notwendige aber nicht ausreichende Lösung. Das ist der neue und krasse Aspekt, der jetzt offen zutage getreten ist. Man kann heute sagen, daß in den kommenden Jahren die Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Kapital auf dem Terrain einer kranken Wirtschaft ausgetragen wird, die nicht nur auf eine Konjunkturkrise hinausläuft, sondern auch auf eine wachsende Spannung, auf immer kürzer werdende Abstände zwischen expansiven und rezessiven Phasen, die innerhalb einer negativen Trends immer mehr verflochten sind.
Unter diesen ökonomischen Voraussetzungen muten die Illusionen einer reformistischen Politik und des gewerkschaftlichen Gradualismus überholt an. Aber es ist klar, daß dadurch auch Schwierigkeiten für die revolutionären Kräfte entstehen. Sie werden immer weniger mit erfolgreichen und spontanen Kampfformen, mit dem Zögern eines nachgiebigen Gegners und einem Klima allgemeiner Solidarität rechnen können. Die Inhalte eines nicht-defensiven Arbeiterkampfes, seine Formen und organisatorischen Instrumente in einer ökonomischen Krisen-Periode müssen noch bestimmt und geschaffen werden.

Das andere neue und entscheidende Faktum der gegenwärtigen Situation ist der endgültige Standortwechsel der PCI und der Gewerkschaften, zumindest in ihrer institutionellen Gesamtrealität. Ich will hier die Analyse der "Manifesto"-Plattform nicht wiederholen. Für die Art, wie die Gewerkschaft die Reformkämpfe und die Betriebskonflikte im Herbst geführt hat, und für die Haltung der PCI gegenüber der Regierung Colombo und ihrer Wirtschaftspolitik erübrigt sich jeder Kommentar. Die kommunistische Partei ist heute nicht mehr nur eine Partei, deren strategische Linie unfähig ist, eine revolutionäre Krise zu provozieren und zu lösen. Sie ist heute vielmehr eine große Kraft, die sich bemüht, diese Krise zu verhindern, die subversiven Ausbrüche des Klassenkampfs unter ihre Kontrolle zu bringen, und den für den erneuten Aufschwung der kapitalistischen Entwicklung notwendigen ökonomischen Raum und politischen Rahmen zu finden, in der Hoffnung dadurch an der Macht zu partizipieren und einige Reformmaßnahmen zu erreichen.

Wenn unsere Gruppeninteressen oder das Entstehen einer neuen politischen Kraft links von der PCI unsere einzigen Sorgen wären, könnten wir uns über diesen Tatbestand nur freuen. In einer Situation der verschärften ökonomischen

und politischen Krise wird durch die Rechtsentwicklung der PCI ein immer größerer Raum für unsere Kritik und unsere Initiativen frei; wir bräuchten nur geschickt auf dem von der PCI freigelassenen Terrain zu manövrieren, um immer größer werdende Kräfte in unseren Reihen zu sammeln. Aber nur wenn wir uns auf den Standpunkt der Arbeiterklasse, ihrer Interessen und ihrer revolutionären Sache, stellen, dann können wir den gegenwärtigen Prozeß in der italienischen Arbeiterbewegung in seiner ganzen Tragweite erfassen. Die kommunistische Partei Italiens und die Einheitsgewerkschaft sind das Produkt von zehn Jahren italienischen und internationalen Klassenkampfes, der oft wenig ruhmreich verlief, aber mit dem sich die Arbeiterklasse identifizierte, indem sie ihr Bestes gegeben und einen in den übrigen kapitalistischen Ländern unbekannten Grad von Bewußtsein und Autonomie erreicht hat. Daß diese Organisationen heute ihren historischen Aufstieg mit einem endgültigen Rückzug abschließen, ohne daß sich aus ihnen eine genügend starke und radikale Opposition entwickelt, die sogleich eine "Alternative" bieten könnte, dies ist eine äußerst schwerwiegende Tatsache. Lenin und Gramsci haben sich über das Zusammenbrechen der II. Internationale und der PSI Turatis nie gefreut; wir selbst haben keinen Anlaß, uns über das Zusammenbrechen von UdSSR und PCI als revolutionäre Kräfte zu freuen. Für privatisierende Intellektuelle und Gruppen ist es möglicherweise nicht schwierig, bei Null wieder anzufangen, das kann sogar faszinierend sein. Aber für die Arbeiter ist es eine dramatische Sache, eine glaubwürdige Organisation und ein zusammenhängendes Ideensystem aus dem Nichts wieder aufzubauen. Sie sind sich mehr bewußt, daß die Zeit drängt, daß die durch ihren Kampf in den Betrieben ausgelöste Krise, eine politische Gesamtlösung erfordert, einen radikalen Wechsel der Staatsmacht, und sie fühlen sich durch das Fehlen einer Kraft, die ihnen die Richtung zu einem Kampf diesen Ausmaßes zu weisen vermag, gelähmt und zur Ohnmacht verurteilt. Wir gehen einer Krise des Systems entgegen, ohne daß bereits Kräfte, Ideen und Organisationen existieren, die in der Lage sind, sich ihr revolutionär und glaubwürdig entgegenzustellen.

Dieser allgemeine ökonomische und politische Kontext lastet zwangsläufig auf den Kämpfen der Arbeiter. Immer seltener werden diejenigen, die den Kampf in der Hoffnung auf eine mögliche Politik der Reformen führen. Die zutiefst diskreditierte reformistische Perspektive würde einen erneuten Anstieg der Produktivität und soziale Ruhe voraussetzen. Immer weniger zahlreich werden diejenigen, die kämpfen, ohne nach dem Sinn und den allgemeinen Perspektiven ihres Kampfes, nach den Erfolgsaussichten und einer möglichen Neugruppierung zu fragen. Die segensreiche Zeit der Spontaneität und der "wilden" Kämpfe ist vorbei. Diese vermögen nicht mehr, wie in den Jahren 1968-69 einen umfassenderen Prozeß auszulösen. Das alles ist in den Kämpfen der letzten Monate deutlich geworden. Sie waren gekennzeichnet durch sehr fortgeschrittene Forderungen , eine sehr starke Kampfbereitschaft und sehr harte Kampfformen. Aber sie stießen auf die unnachgiebige Haltung der Unternehmer. Der Repressionsapparat hat die Unternehmer unterstützt. Die Gewerkschaft ist dem Konflikt aus dem Wege gegangen. Am Ende waren die Vereinbarungen weiter von den Ausgangsforderungen entfernt als 1969.

Ich werde nicht länger auf diese Elemente eingehen, die wir in den Rechenschaftsberichten der Genossen aus den verschiedenen Betrieben wiederfinden. Wir müssen jedoch auf den Widerspruch verweisen zwischen einem Arbeiter-

kampf, der nicht zurückgeht, und sich auf einer für das System sehr gefährlichen Ebene stabilisiert - und einem politischen Kontext, der die Bedeutung dieser Auseinandersetzung nicht vermitteln, unterstützen und verallgemeinern kann. Dieser Widerspruch darf nicht endlos anhalten. Unsere Aufgabe ist es hier festzustellen, wie wir wirksam und rechtzeitig eingreifen können.

Wir sagen seit langem, daß die erste Antwort auf diese Frage eine gesamtpolitische sein muß. Wir glauben nicht - und das werden wir in der Folge noch weiter entwickeln - , daß der Aufbau einer neuen revolutionären Partei mit der unmittelbaren Führung von autonomen Massenkämpfen unvereinbar ist, und daß man sich heute auf die erste Aufgabe konzentrieren muß, um die nächste in Angriff nehmen zu können. Aber wir glauben ebensowenig, daß die Klassenauseinandersetzung, der Kampf und die Organisation der Arbeiter ihren derzeitigen Stand aufrechterhalten können, wenn sie sich mit Lohnkämpfen und paragewerkschaftlichen Organisationsformen begnügen. Nur wenn wir der Arbeiterklasse die konkrete Aussicht auf den Aufbau einer politischen Kraft vermitteln können, deren Dimensionen und Struktur die Koordinierung und Führung des Kampfes auf einer gesamtpolitischen Ebene gewährleisten, wird sie ihre Offensive in den Betrieben trotz der damit verbundenen Gefahren und Opfer fortsetzen.

An welchem Punkt befinden wir uns nun hinsichtlich dieser politischen Organisierung? Es ist unmöglich, eine präzise Antwort auf diese Frage zu geben, denn die Realität ist sehr widersprüchlich. Zweifellos hat die politische und soziale Entwicklung in den letzten Monaten alle Kräfte, die auf der Linken gegen die derzeitige Linie des modernen Unternehmertums und der kommunistischen Partei kämpfen, ein erhebliches Stück weitergebracht. Außerdem haben die großen Arbeiterkämpfe und die massive Reaktivierung der Studentenbewegung zu einer rapiden politischen Radikalisierung der in diesen Kämpfen engagierten Avantgarden geführt. In den meisten Betriebskämpfen (bei Rhodia, Chatillon, Ducati, Sacib, Alfa, Borletti , Siemens, etc.) hat sich eine Arbeiterlinke auf Massenbasis entwickelt, die der Gewerkschaftsführung offen kritisch gegenübersteht, und die zu einer Politisierung der Auseinandersetzung entschlossen ist. Die Studentenkämpfe, die sich anfangs auf den Bildungssektor zu beschränken schienen, haben sich sehr schnell mit allgemeinen politischen Inhalten gefüllt. In Rom, Mailand und vielen anderen Städten beginnt sich auf der Straße eine anti-reformistische Koalition herauszubilden, die insgesamt gesehen keine kleine Minderheit mehr darstellt.

Es zeugt von erheblicher bürokratischer Arroganz, wenn Berlinguer und Longo in diesem Zusammenhang von Randerscheinungen und isolierten Grüppchen sprechen: wir hatten es mit Massendemonstrationen der Jugend zu tun, die trotz ihrer Heterogenität Tausende zu mobilisieren vermochten. Die traditionellen Organisationen wären, selbst wenn sie es wollten, dazu nicht mehr in der Lage.

Man kann jedoch nicht leugnen, daß das gesamte Potential sich zu zerstreuen droht, denn der Prozess der organisatorischen Neugruppierung und der politischen Strategiebildung, der ein erstes Moment der "Alternative" zur traditionellen Linken darstellen sollte, macht entweder sehr wenige oder gar keine Fortschritte.

Auf der Ebene der Aktionseinheit macht er sehr langsame Fortschritte. Die Einheit von Zehntausenden von Jugendlichen im Kampf gegen die Schule, gegen Franco und gegen die Repression war sehr fragil und sehr allgemein. Die Etappen wurden vom Gegner bestimmt; ihr politischer Inhalt reduzierte sich auf den kleinsten gemeinsamen anti-reformistischen Nenner und ihre Organisationsstrukturen waren improvisiert. In den Arbeiterkämpfen und sozialen Auseinandersetzungen gab es nicht einmal diesen Ansatz von Einheit; der Protest der Arbeiter mußte seine Ausdrucksmittel meist spontan improvisieren, ohne Koordination und ohne feste Linie. Um eine Alternative zu schaffen und die Bewegung voranzutreiben, sind eine konstante Arbeit, ein kohärenter Komplex von Forderungen und Aktionen erforderlich, die auf ein globales Konzept und eine Gesamtperspektive ausgerichtet sind.

Was die politische Einigung anbetrifft, so ist die Bilanz der letzten Monate noch negativer. Wenn wir uns nur mit uns selbst beschäftigen würden, könnten wir recht zufrieden sein: unsere organisatorischen Kerne vermehren sich, die Verbreitung unserer Zeitung nimmt erneut zu, - unsere Verankerung in den Kämpfen ist, wie dieser Prozeß zeigt, sehr real. Warum sollten wir uns also nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen, wie es so viele kleinere Gruppen tun? Weil wir an unserer eigenen Entwicklung die Unangemessenheit unserer Kräfte, die mangelnde Erfahrung unserer politischen Kader und die Schwierigkeit, die Etappen des Kampfes festzulegen, ablesen können. Unser Wachstum und die politische Krise, die es vorantreibt, zwingen uns, Führungsaufgaben zu übernehmen; das Problem der Einigung der politischen und organisatorischen Ebene, ohne die man den Massen keine ernsthafte "Alternative" bieten kann, scheint uns zwingender denn je.

In dieser Hinsicht ist die Situation nicht günstig. Was die kommunistische Linke angeht, müssen wir sagen, daß wir zu stark auf sie gesetzt haben. Es hat von Seiten der führenden Funktionäre keinerlei ernsthaften Widerstand gegen den spektakulären Rechtsrutsch der Partei gegeben. Man verfiel allgemein in einen "qualunquistischen" (3) Pessimismus, der das stärkste und hartnäckigste Alibi für die progressive Kapitulation ist.

Die jüngsten Manöver der PSIUP würden wir diskret übergehen (die vorbereitenden Thesen ihres Kongresses wurden einstimmig angenommen), wenn wir nicht die dringende Notwendigkeit verspürten, im Interesse ihrer militanten Anhänger den Mechanismus zu denunzieren, durch den die Partei von einer Preisgabe zur anderen getrieben wird, und das engstirnige Taktieren der Führung offenzulegen, durch das die Basis der Partei kampflos und auf jämmerlichste Weise nach und nach zerstört wird. Wir müssen das denunzieren in der Hoffnung, daß sich zumindest auf ihrem Kongreß eine Stimme erhebt, um den Komplott des Schweigens zu beenden, und eine Diskussion in Gang zu setzen, die vielleicht bei der Basis Anklang finden könnte. Die gewerkschaftliche Linke, C.G.I.L. und C.I.S.L., hat sich dieses Jahr alle Gelegenheit entgehen lassen, um die Politisierung der Massen voranzutreiben. Heute, da sie sich nicht mehr hinter der gesamtgewerkschaftlichen Illusion verstecken kann, klammert sie sich immer stärker an die Möglichkeit einer Neugruppierung links von der PCI, an die sie jedoch selbst

nicht mehr glaubt.

Im Lager der außerparlamentarischen Gruppen weigert sich die immer mehr zerfallende marxistisch-leninistische Strömung, bis auf wenige Ausnahmen, eine ernsthafte Diskussion mit den anderen Kräften zu führen: bald verfängt sie sich in einem circulus vitiosus ideologischer Subtilitäten, bald sucht sie eine illusorische Verbindung zu den Massen, indem sie in Theorie und Praxis die platteste Tradition der PCI aufwärmt. So wird ein bedeutendes Potential von Militanten, von Erfahrungen und Arbeitsmethoden vergeudet, obwohl diese Tendenz, trotz ihres Dogmatismus, ein nicht unwesentliches Element im Wiederaufbau einer revolutionären Kraft hätte sein können und immer noch ist.

Andere Gruppen, deren Realität man heute nicht mehr leugnen kann, und die gute politische Arbeit leisten, wie "Lotta Continua" und "Avanguardia Operaia", verfallen in eine euphorische Gruppenhaltung. Das führt dazu, daß sie nicht nur das Problem der Einignung unterschätzen, sondern, unserer Meinung nach, auch den durch die Erfahrungen aufgeworfenen komplexeren Problemen aus dem Wege gehen, und die Schwierigkeiten einer revolutionären Strategie für die kapitalistische Welt ausklammern. Wir glauben jedoch, bei einigen von ihnen seit kurzem Anzeichen für eine ernsthaftere Reflektion festzustellen, und somit das Bemühen, der reformistischen Linie etwas Konsistenteres entgegenzusetzen als ihre derzeitigen oder absehbaren Kräfte.
Was uns angeht, glauben wir, die Verpflichtung und die Möglichkeit zu haben, in dieser konkreten Situation etwas zu tun. Aber was? In erster Linie müssen wir vor den Massen einen zielstrebigeren und härteren politischen Kampf in der Frage der Einigung der revolutionären Linken einleiten. Wir haben es bisher vermieden, die gesamte Front unserer Gesprächspartner direkt anzugehen. Heute wissen wir, daß die Zeit drängt, daß die wirklichen Avantgarden in Betrieben und Universitäten die Balanceakte des linken Flügels der PCI, der PSIUP und der Gewerkschaft Leid sind, ebenso wie das Sektierertum der Gruppen. Wir wollen eine Massendiskussion über das Problem der Einheit, der größtmöglichen Einheit, über die umfassendsten politischen Programme mit all denen einleiten, die sich der reformistischen Linie widersetzen wollen. Schon im kommenden Mai werden wir die Bilanz aus der Arbeit der letzten Monate ziehen und versuchen, das für eine politische Aktion notwendige Minimum an organisatorischer Struktur zu schaffen.

Weiterhin haben wir, wie ihr wißt, die Absicht, das "Manifesto" als Tageszeitung herauszubringen. Wir sind uns des Risikos dabei voll bewußt: ein praktisches Risiko, weil wir keinerlei finanzielle Sicherheit haben, und ein politisches Risiko, weil der Grad unserer Verankerung noch nicht gewährleistet, daß dieses Organ überall Ausdruck der wirklichen Bewegung wird. Wir glauben jedoch, das Risiko eingehen zu müssen, weil dieses Instrument große Bedeutung hat zu einem Zeitpunkt, wo die Front der anti-reformistischen Kräfte viel breiter ist als die, die wir oder andere direkt organisieren können, und wo es für die Bewegung lebenswichtig ist, über Informationen, Kommunikationsmöglichkeiten und Anhaltspunkte zu verfügen, um den unmittelbaren Kampf gegen den Feind zu unterstützen. Wir glauben, daß dies eine Antwort auf das Problem der politischen Organisation und

Zentralisierung ist, ohne dabei in Gruppenpatriotismus und organisatorische Handwerkelei zu verfallen. Es geht im Gegenteil darum, der gesamten Klassenlinken ein Instrument und einen Bezugspunkt anzubieten.

Genossen, diese Art von globaler politischer Antwort genügt aber nicht für die Probleme der Bewegung, wenn man die Grenzen dessen berücksichtigt, was wir unmittelbar erreichen können. Bis zum Aufbau einer wirklich revolutionären Massenpartei, die in der Lage ist, die Hegemonie der PCI anzugreifen, liegt noch viel Arbeit vor uns. Aber vor allen Dingen müssen wir auf eine konkrete Frage antworten: auf die Frage der unmittelbaren Führung des Arbeiterkampfes in der von mir beschriebenen wirtschaftlichen Situation. Von der Antwort auf diese Frage wird der Erfolg unseres Kongresses und unserer Arbeit während der nächsten Monate abhängen.

Wir müssen zu vier Fragekomplexen Stellung nehmen: der Katalog der Kampfforderungen, die Verbindung zwischen Arbeiterkämpfen und gesellschaftlichen Kämpfen, die notwendigen organisatorischen Mittel, das Spektrum der Kräfte, das wir glauben zusammenschließen zu müssen und zu können.

Der Katalog der Kampfforderungen

Was den Lohnkampf anbetrifft, konnte man während des letzten Jahres bei der Gewerkschaft und bis zu einem gewissen Grad bei den Gruppen der revolutionären Linken ein sinkendes Interesse im Vergleich zu früher feststellen. Beide haben, wenn auch aus gegensätzlichen Motivationen, spät und ungeschickt in die verschiedenen Konflikte eingegriffen, die im Frühling 1970 erneut ausbrachen. Die allgemeine Aufmerksamkeit hat sich tatsächlich auf das Problem der "Vergesellschaftung" der Kämpfe und auf ihre allgemeine politische Projektion verschoben. Diese Verlagerung spiegelte die Erkenntnis einer realen Tatsache wieder: den zunehmenden politischen Charakter der Klassenauseinandersetzung. Für die Gewerkschaft bedeutete diese Verlagerung, daß sie sich von den Spannungen in den Betrieben distanzierte, und daß sie versuchte, die Regierung unter Druck zu setzen, um reformistische Konzessionen zu erlangen. Die Minderheitsgruppen ihrerseits, die sich in ihren überstürzten Verallgemeinerungen ergingen, hatten vergessen, daß nur eine ständige Ausweitung und Verschärfung des Kampfes innerhalb des Betriebes eine Vergesellschaftung des Kampfes ermögliche. Heute ist es angesichts der allgemeinen politischen Krise notwendig, die siegreiche Kampflinie des Jahres 1969 hartnäckig zu verteidigen und sie im Betrieb weiterzuentwickeln.
In erster Linie muß die Ablehnung der Einkommenspolitik erneut bekundet werden, d.h. die Weigerung der Arbeiter, irgendeine Verbindung zwischen ihren Löhnen einerseits und den Fortschritten der kapitalistischen Produktivität - auf nationaler Ebene oder Betriebsebene - andererseits zu sehen. Diese Weigerung hatte schon 1969 eine explosive politische Bedeutung. Solange man aufgrund der wirtschaftlichen Situation annehmen konnte, daß ein Lohnauftrieb die Produktion ankurbeln würde, und daß durch Umverteilung von Mitteln und mit Hilfe von Reformen ein neues Gleichgewicht hergestellt werden könnte, bedeutete die Ablehnung der Einkommenspolitik noch keine Absage an die Philosophie des "nationalen Interesses" und der "Produktionssteigerung" . Aber heute, wo der Konzessionsspielraum der Unternehmer ausgeschöpft ist und die Intransigenz der Arbeiter das System gefährden kann, ha-

ben die programmatischen Forderungen des Herbstes weitaus größere politische Implikationen als 1969.

Die Gewerkschaften sind sich dessen bewußt; sie wollen sich "verantwortlich" zeigen. Nicht, daß sie offen die Einkommenspolitik akzeptieren, aber sie akzeptieren zunächst ihre Notwendigkeit unter dem Vorwand, daß man ohne eine politische Alternative das System nicht gefährden darf, und daß eine ökonomische Krise vermieden werden muß, die ihrer Meinung nach auf eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Unternehmer und der Rechten hinauslaufen würde. Die Linie des heißen Herbstes, die alles andere als defensiv war, beinhaltet somit heute die Ablehnung jeder Unterscheidung zwischen dem gewerkschaftlichen und dem politischen Moment. Im Bereich der Betriebskämpfe besteht somit eine erste Trennungslinie zwischen reformistischen und revolutionären Kräften.

Damit jedoch die Ablehnung der Logik des Systems wirksam und nicht nur episodisch wird, bedarf es mehr als irgendeiner Eskalation von Forderungen oder Kampfformen, nach dem Motto, daß das beste Ziel dasjenige mit dem unmittelbarsten Mobilisierungseffekt ist, und die wirksamste Kampfform die gewaltsamste. Es ist im Gegenteil notwendig, ein gegliedertes Kampfprogramm zu entwerfen, das in realistischem Bezug zu den vorhandenen Kräfteverhältnissen steht; wir müssen uns in der Tat vor unreflektierten Verhaltensweisen hüten, die nur eine demoralisierende Wirkung hätten, die Avantgarden schnell aufreiben und sie von der Bewegung trennen würden, wodurch ihre Fähigkeit reduziert wird, eine viel weiter gehende Linie zu vertreten: eine verallgemeinerte Offensive gegen den kapitalistischen Machtapparat.

Es wäre illusorisch, zu glauben, daß jene Avantgarden heute eine auslösende Funktion für einen verallgemeinerten Kampf haben können. Ohne eine verschärfte wirtschaftliche Krise und eine ausgereifte politische Alternative ist es viel wahrscheinlicher, daß der frontale Angriff einer Minorität zu einer Niederlage führt und ein gefährliches Vakuum hinterläßt.
Das bedeutet nicht, daß man sich auf eine defensive Linie zurückziehen muß, wie das nach der Periode der Kämpfe zu Beginn der 60er Jahre der Fall war. Heute ist eine defensive Linie nicht einmal sinnvoll: sie verbietet sich vor allem, weil die Möglichkeiten des Systems, den Forderungen der Arbeiter zu entsprechen, minimal sind, und die von der Gewerkschaft propagierte "graduelle Verbesserung" absolut nicht glaubwürdig ist. Wir sollten vielmehr einen in seinen Inhalten und Formen offensiven Kampf ansteuern, wobei wir uns voll bewußt sein müssen, daß zu seiner Durchführung ein hoher Organisationsgrad notwendig ist, sowie die permanente Fähigkeit, den erreichten Stand des Bewußtseins und der Einheit zu konsolidieren. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, jede Form von Spontaneismus zu überwinden, der 1969 noch gewinnbringend sein konnte, und eine Strategie durchzusetzen, die jede Parzellierung der Kämpfe verhindert und solchen Zielen den Vorrang gibt, die den kapitalistischen Mechanismus an seiner empfindlichsten Stelle treffen.
Die fortgeschrittenen Forderungen vom Herbst 1969 - gleiche Lohnerhöhungen für alle, Abschaffung der Leistungsprämien, Selbstbestimmung der Bandgeschwindigkeiten, Überwindung der Kategorien, Abschaffung (und nicht Zu-Geld-Machen) der

Schädlichkeit der Arbeit - haben diese Funktion gehabt. Sie waren nicht einfache Mittel zur Radikalisierung der Auseinandersetzung. Diese Linie entwickeln, die in ihren Inhalten und Formen auf eine Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Produktionsweise abzielt, heißt nicht nur, das Gleichgewicht des Systems in Frage stellen, sondern auch konkret, seine Überwindung postulieren und antizipieren. Das bedeutet weiterhin, die notwendigen Prämissen für eine "Alternative" schaffen, die sich aus dem gesellschaftlichen Kampf entwickelt, und so ein revolutionäres Massenbewußtsein hervorrufen.

Aber diese Linie entwickeln, bedeutet im Jahre 1971 nicht, die Formen und Inhalte des Kampfes vom Frühling 1969, der auf den Betrieb, auf massive Lohnforderungen, "wilde" Streiks und den Protest gegen die Bandgeschwindigkeiten beschränkt war, mechanisch zu wiederholen. Es heißt nicht, die Erfahrung vom Herbst 1969 wiederholen, da dessen explosiven Inhalte an die Vertragstermine gebunden waren und so nur die traditionellen Einrichtungen des Arbeitsverhältnisses optimal ausnutzen konnten. Die Situation erfordert heute einen anderen und höheren Typ des Betriebskampfes.

Einerseits muß sich der Kampf vertiefen und gliedern, um keinen Rückschlag zu erleiden: er darf nicht sein ganzes Pulver verschießen, indem er auf einen kurzen und definitiven Konflikt setzt, sondern muß sich langfristig als Forderungs-Guerilla organisieren. Es besteht die Gefahr, daß der Kampf gegen Prämien, gegen Bandgeschwindigkeiten und Klassifikationen wenig wirkungsvoll bleibt und in einer maximalistischen Dynamik untergeht, wenn er sich nicht täglich an tausend Forderungen auf der Ebene der Abteilungen oder homogener Gruppen zu artikulieren vermag. Aber gerade diese Artikulation, diese Gliederung, erfordert ein Höchstmaß an Organisation und strategischer Einheit, wenn sie nicht, wie es schon der Fall war, auf Korporatismus und Spaltung, d.h. auf eine Niederlage hinauslaufen will. Wir befinden uns, kurz gesagt, nicht mehr in einer Situation, in der wir uns mit dem "Durcheinander" begnügen können, das zwar gelegentlich noch spektakuläre Explosionen auslösen kann, das aber immer ein Vakuum zurückläßt, das dann einen erneuten Ansatz viel schwieriger macht, vor allem zu einem Zeitpunkt, wo die Repressalien der Unternehmer noch viel stärker sind, als in der Vergangenheit. Forderungs-Guerilla, Artikulation, das bedeutet im Gegenteil, von der konkreten Situation im Betrieb mit allen seinen Abteilungen ausgehen, um erfolgreich eine allgemeine und einheitliche Kampfplattform wiederaufzubauen, die sich nicht in alle möglichen Arten von Forderungen verliert, sondern auf drei Ziele konzentriert, die unserer Meinung nach heute entscheidend sind: Abschaffung der Arbeit nach Stückzahl und der Klassifikation, die Zahl der Arbeitsstunden, die Arbeitsbedingungen, mit einem Wort, die Organisation der Arbeit.

Wir wollen diese drei Aspekte der Kampfplattform untersuchen, um die Auswirkungen und Grenzen der bisher errungenen Siege zu analysieren und um den Bereich abzustecken, in dem unsere Aktion entwickelt werden soll.

Die Überwindung des Leistungslohns (des Akkords)

In den Kampfplattformen und Vereinbarungen der letzten Monate scheint das Aufgeben der Forderungen nach besserem Stücklohn allgemein vorherrschend zu sein. Man kann sogar feststellen, daß sich die neue Forderung verallgemeinert, die 1969 die fortgeschrittensten Kräfte der Bewegung formulierten und die auf "Überwindung des Leistungslohns" abzielt, was eigentlich eher auf eine "Wandlung" als auf eine "Überwindung" hinausläuft.

Hier handelt es sich um ein neues Phänomen, das sich daraus erklärt, daß die Arbeiter die Mechanismen und Funktion dieser Art von Entlohnung zu durchschauen beginnen, die den Arbeitenden an der Organisation der Arbeit "beteiligen" und nicht nur ihr "unterordnen". Die "politische" Funktion der Arbeit nach Stückzahl zeigt sich erst in dem Augenblick, wo die Organisation der Arbeit angefochten und ihre produktivistische Logik abgelehnt wird. Es ist offensichtlich, daß der Stücklohn untrennbar mit den Bandgeschwindigkeiten verbunden ist. Es kommt jedoch ein neues Element hinzu: die Arbeiterklasse lehnt die Festlegung der Bandgeschwindigkeiten und gleichzeitig die Logik der Produktivität aufgrund ihrer eigenen, menschlichen Bedürfnisse ab. Sie bekämpft den Leistungslohn, weil er, unter anderem, ein Faktor der inneren Spaltung der Klasse im Kampf gegen die derzeitige Organisation der Arbeit ist.

Je mehr eine, selbst partielle, Umwandlung des Stücklohns den Kampf für die Selbstbestimmung der Bandgeschwindigkeiten ermöglicht oder begünstigt, desto positiver ist sie. Sie ist dagegen nur ein negativer Kompromiß, wenn sie diese Dynamik behindert. Die Vereinbarungen, mit denen einige Kämpfe der letzten Monate beendet wurden (bei Innocenti, Alfa Romeo, Italsider) sehen eine Umwandlung des Akkordzuschlages in eine "einheitliche, feste und garantierte Quote" für den ganzen Betrieb oder eine ganze Abteilung vor, wobei die durchschnittliche Produktivität des Unternehmens als Berechnungsgrundlage dient. Es ist eine Verschleierung, wenn man solche Vereinbarungen als eine "Überwindung" des Leistungslohns hinstellen will.

Die Arbeiterklasse kennt seit langem die Gefahr der individuellen Prämien. Aber nicht nur sie werden angefochten. Es gibt ebenso schon seit langem kollektive Prämien (Akkord von Kolonnen, Produktionsschichten, etc.). Die Parzellierung der Arbeit selbst ist es, die die Funktion des kollektiven Arbeiters evident macht, d.h. einer Kolonne, die für eine einzige Produktionsphase verantwortlich ist und die deshalb den Kolonnen-Akkordlohn als einzig mögliche Form des "Anreizes" erforderlich macht.

Die Kampferfahrungen der letzten beiden Jahre, vor allem die autonome Aktion auf Abteilungsebene, haben eine der größten Schwächen des kapitalistischen Unternehmens hervortreten lassen: Es funktioniert nur aufgrund eines ständigen Flusses zwischen allen Produktionsphasen und allen Abteilungen. Arbeitsniederlegungen und Sinken der Produktivität in einer einzigen Abteilung führen zwangsläufig zu Engpässen, die sich auf den gesamten Betrieb auswirken. Wenn die Industriellen von der "Normalität" der Produktion sprechen, bezieht sich das auf jenen ständigen Fluß und auf die Harmonisierung der Produktivität der verschiedenen Ab-

teilungen. Für sie ist das homogene Funktionieren entscheidend. Der Produktivitätsindex eines einzelnen Arbeiters oder einer Abteilung hat absolut keine Relevanz. Deshalb ist der kollektive Leistungslohn ein noch wirksameres Instrument der "Normalisierung".

Es ist offensichtlich, daß unter diesen Bedingungen eine an der "durchschnittlichen Produktivität" ausgerichtete kollektive Prämie eine Arbeitsorganisation voraussetzt, die auf vorgeschriebenen Bandgeschwindigkeiten beruht. Wie kann diese an die Aufrechterhaltung der durchschnittlichen Produktivität gebundene Prämie garantiert werden? Das heißt konkret, daß durch Ausfall einer einzigen Abteilung die durchschnittliche Produktivität sinkt, und die sogenannte "Fixprämie", die nichts anderes als eine Kollektivprämie ist, für alle Arbeiter herabgesetzt wird. Das führt automatisch zur Isolierung der fortgeschrittensten Abteilung. Da die Prämie nicht von der Produktivität getrennt, sondern nur auf kollektive Durchschnittsindices bezogen wurde, wird sie zu einem Instrument der Beteiligung der Arbeiter an der Aufrechterhaltung der "Normalität" und zu einem Hindernis für den Kampf gegen die Organisation der Arbeit.

Ein Kampfprogramm, das tatsächlich auf eine "Überwindung" abzielt, muß nach und nach den Reallohn von der "durchschnittlichen Produktivität" trennen. Es geht im Wesentlichen darum, die progressive Umwandlung der Leistungsprämien in einen von der (individuellen oder kollektiven) Leistung völlig unabhängigen Lohn zu erreichen, um so die Entwicklung zur Selbstbestimmung der Bandgeschwindigkeiten zu begünstigen.

Wir haben wenig Erfahrungen in Bezug auf eine solche Selbstbestimmung der Bandgeschwindigkeiten. In einigen Fällen, wie bei Ducati, waren die Ergebnisse negativ. Dennoch ist die Sabotage der Bandgeschwindigkeiten sehr verbreitet. Den Unternehmern ist es nicht gelungen, den Stand der Produktivität von vor 1969 wiederherzustellen. Die Selbstbestimmung der Bandgeschwindigkeiten, selbst wenn nicht explizit formuliert, ist also eine tief im Widerstand der Arbeiter verankerte Forderung.

In den Erfahrungen der letzten Jahre müssen wir jedoch zwei verschiedene Arten, die Selbstbestimmung der Bandgeschwindigkeiten zu realisieren, unterscheiden. Zum ersten ist sie nur eine schärfere und wirksamere Form des Kampfes als der Streik. In diesem Fall wird die Tendenz, die Produktion lahm zu legen von allen Arbeitern verstanden: wir haben es mit einer Kampfform zu tun. Die Entscheidung muß bewußt und einmütig getroffen werden, denn sie hat eine erhebliche Verringerung des Lohns zur Folge. Als vorübergehende Kampfform kann die Selbstbestimmung der Bandgeschwindigkeiten leicht realisierbar sein und optimalen Erfolg bringen. Wenn sie eine permanente Form des Kampfes gegen die Organisation des Unternehmens wird und bleiben soll, darf sie nicht von der Forderung nach Umwandlung der Leistungsprämie in einen Fixlohn getrennt werden, d.h. von einer schlichten und einfachen Abschaffung der Leistungs"anreize".

Man darf also nicht auf die Spontaneität zurückgreifen, um die Selbstbestimmung zu realisieren. Sie erfordert ein Maximum an Übereinstimmung und Bewußtsein,

eine Kenntnis der Auswirkungen auf den Lohn und eine kontrollierte Selbstorganisation der Arbeitstempi und Bandgeschwindigkeiten. Eine Abteilung oder eine Gruppe von Arbeitern können eine Festlegung der Bandgeschwindigkeiten beschließen, die den Verlust der Leistungsprämie zur Folge hat. Sie müssen wissen, wie die Unternehmer reagieren werden. Sie müssen wissen, daß die in der Lohntabelle vorgesehenen Mindestgeschwindigkeiten eingehalten werden müssen, wenn sie beim Verlust der Leistungsprämie nicht den Mindestlohn unterschreiten wollen. Sie müssen ihre Bandgeschwindigkeiten selbst organisieren, sie kennen und genau abschätzen.

Die Arbeitszeit

Die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche, die in einer Reihe von Lohnverträgen festgelegt ist, bleibt meistens formell. Ihre Realisierung wird nicht nur hinausgeschoben, sondern sie wird meistens sogar durch Sonderbestimmungen umgangen. Die Gewerkschaft hat dem, trotz einiger verbaler Proteste, letzten Endes keinen ernsthaften Widerstand entgegengesetzt. Die tatsächliche Realisierung der 40-Stunden-Woche ist heute eins der Hauptangriffsziele gegen die derzeitige Organisation der Arbeit.

Ihre Bedeutung ist zweifacher Art:
- Zum einen kündigt sie eine tiefgreifende Veränderung der Lebensbedingungen des Arbeiters an: die Erhöhung der freien, der zum Leben bestimmten Zeit.
- Zum anderen setzt die 40-Stunden-Woche eine größere Zahl von Arbeitskräften, eine umfassende Reorganisation der Betriebe und eine modifizierte Nutzung der Produktionseinrichtungen voraus.

Regierung und Unternehmer haben oft auf die wirtschaftlichen Verluste hingewiesen, die aus einer zu geringen Ausnutzung der Industriekapazitäten resultieren würden. Diesen Erklärungen entspricht zweifellos auch der Wille, der Arbeiteroffensive entgegenzutreten durch die Einführung von zwei Tagesschichten und einer Nachtschicht und selbst der 7-Tage Woche mit abwechselnden Ruhetagen. Solche Vorschläge stoßen auf einen spontanen Widerstand der Arbeiter; aber machen wir uns keine Illusionen, sie werden sich am Ende durchsetzen, wenn der spontane Widerstand nicht in eine vereinheitlichende Kampflinie mit präzisen Forderungen umgesetzt wird.

Im Augenblick existiert eine noch größere Gefahr: durch die allgemeine Nichtbeachtung der 40-Stunden-Woche und das Ansteigen der Überstunden hat man den Arbeitern diesen praktisch inhaltslos gewordenen Sieg für eine Scheibe Brot abgekauft. Die hartnäckige Verteidigung der 40-Stunden-Woche hat heute also einen strategischen Wert. Sie läßt nicht nur die Tür offen für weitere Verkürzung der Arbeitszeit, sondern stellt vor allem, in einer Phase der in einigen Sektoren durch Entlassungen praktizierten Gegenoffensive der Unternehmer das entscheidende Instrument zur Sicherung eines für die Arbeiterklasse günstigen Arbeitsmarktes dar. Es gibt sogar Sektoren, in denen die Forderung der 36-Stunden-Woche unmittelbar formuliert werden kann, Sektoren, in denen durchgehend produziert wird, Nachtschichten die Regel sind, oder gesundheitsschädigende Arbeit verrichtet wird.

Die Klassifikationen

In den jüngsten Unternehmens-, Abteilungs- oder Kategorieverträgen wurden zwei Punkte hervorgehoben:
1) Beseitigung der "job evaluation", die Ende der 50ziger Jahre mit dem Niedergang der Gewerkschaften in einer Anzahl von Betrieben eingeführt wurde (Italsider, Eni, Anic, etc.);
2) Abschaffung der 4. und 5. Kategorie oder meistens der 4. und eines Teils der 3. .

Dies sind bescheidende Ergebnisse: man hat sich darauf beschränkt, die niedrigsten Klassifikationen durch vage "Berufsprofile", die auf der Einschätzung der individuellen Qualifikation des Arbeiters beruhen, zu ersetzen. Die hierarchische Struktur ist also praktisch unverändert geblieben. In den Unternehmen, in denen die "job evaluation" existierte, hat man sich damit begnügt, die Klassifikationen zu reduzieren, die bis dahin nicht nur zahlreich gewesen waren (8 bei Italsider, 10 bei Anic), sondern zusätzlich in Zwischenstufen unterteilt waren.

Außerdem konnte in vielen Fällen der gemeinsame Rahmen, Arbeiter-Angestellte, durchgesetzt werden, durch den bisweilen die letzte Kategorie der Angestellten und die erste Kategorie der Arbeiter auf denselben Index bezogen wurden, und der den Weg für die normative Parität geöffnet hat. Aber auch dieser Sieg bleibt ziemlich formal: natürlich hat es eine Abschwächung des sozialen Statusunterschiedes, der die beiden Gruppen von Arbeitenden trennte, gegeben, sowie eine Verallgemeinerung bestimmter Rechte, die früher den Angestellten vorbehalten waren (Urlaub, Kranken-und Überbrückungsgeld, monatliche Lohnzahlung). Aber im allgemeinen hat man nur zwei Klassifikationsstufen formell übereinander gesetzt. Die Schuld liegt bei der Gewerkschaft. Obwohl sie darauf verzichtet hat, in der Frage der Qualifikationen ein möglichst offenes Spektrum zu verteidigen, hat sie ihre grundlegende Position nicht geändert. Danach stellt die Qualifikation eine Anerkennung des Wertes der individuellen Arbeitskraft dar, eines Wertes, der von der angeblichen sozialen Nützlichkeit abhängt, obwohl es sich in Wirklichkeit nur um Fähigkeiten handelt, die von einem überholten Industriesystem und einem Klassen-Bildungssystem abgeleitet sind. Damit begibt sich die Gewerkschaft letztlich in den Rahmen der Gesetze des Marktes und der kapitalistischen Organisation der Arbeit, einen Rahmen, der eben Gegenstand jenes Kampfes ist, welcher auf seine Überwindung hinzielt.

Wir lehnen dagegen die Wertskala ab, die sich auf alte und überholte Berufsinhalte gründet, die heute in den meisten Fällen nur noch einer Statusdifferenzierung seitens der Unternehmer entsprechen. Ebenso weisen wir die These von der Dequalifizierung der Arbeit durch den technologischen Fortschritt zurück.

Für uns stellt die Fähigkeit, sich ständig auf neue Maschinen umzustellen, eine Qualifikation neueren Typs dar. Diese aber ist nicht mehr individuell sondern gesellschaftlich, weil sie die Lohnarbeit insgesamt charakterisiert, deshalb muß sie als das, was sie ist, anerkannt werden.

Das Kapital kann nur dann ein neues Stabilitäts-und Hierarchiemodell im Betrieb einführen, wenn es die Arbeit in eine Reihe von Einzelaufgaben parzelliert und von da aus eine Rangordnung von willkürlichen Klassifikationen errichtet. Der Kampf kann sich denn auch nicht mehr auf eine Aufwertung jeder Arbeitsparzelle, der individuellen Fähigkeit jedes Arbeiters, beziehen, wie es die Gewerkschaft glauben machen will; er muß sich auf die Anerkennung der neuen Qualität der Massen-Arbeit der Arbeiter im gesamten Arbeitsprozess beziehen. Erst in diesem Rahmen wird der Kampf um die Überwindung der Hierarchie zum Kampf gegen die Organisation der Arbeit, zum politischen Kampf, der nicht nur für die Erhöhung des Lohns der einzelnen Kategorien geführt wird, die ihrerseits nur erneut ständige Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse zur Folge haben kann.

Diese Linie kann im Augenblick sogar zur Auseinandersetzung mit den korporativistischen Positionen kleiner Gruppen von hochqualifizierten Arbeitern führen. Das Risiko müssen wir auf uns nehmen. Der Konflikt mit der "Arbeiteraristokratie" hat in der Vergangenheit sogar gewaltsame Formen angenommen. Man denke nur an Schwierigkeiten des amerikanischen Gewerkschaftswesens, das seine spektakulärste Spaltung an diesem konkreten Punkt erlebte, oder an die englischen Gewerkschaften, die sich noch heute mit dem Problem der unqualifizierten Arbeiter auseinandersetzen muß. In beiden Fällen war eine Entscheidung notwendig. Auch für uns ist sie notwendig, in einer Zeit in der dieses Problem nicht mehr unüberwindbar ist, da ja nur eine kleine Minderheit zur Kategorie I oder I super gehört und es für die Mehrheit der Arbeiter kaum noch Aussichten auf beruflichen Aufstieg gibt. Im übrigen handelt es sich nicht nur um eine quantitative Entscheidung (die Mehrheit vor der Minderheit), sondern um eine qualitative und Klassen-Entscheidung: der Arbeiter am Fließband und der proletarisierte Techniker, beide einer Serienproduktion zugewiesen, sind die Eckpfeiler der neuen Arbeiterklasse, die tragende Kraft des revolutionären Prozesses. Sich auf ihren Standpunkt stellen, bedeutet in der Tat, eine Linie durchsetzen, die auf die Überwindung der vom Unternehmer geschaffenen Spaltungen hinausläuft.

Natürlich muß eine solche Entscheidung im Hinblick auf eine politische Einigung und Vereinheitlichung getroffen werden: man muß einen bestimmten Rhythmus bei der Überwindung der Qualifikationen akzeptieren und, vor allem, die qualifizierten Arbeiter in den egalitären Kampf einbeziehen und sie somit dazu führen, die Barrieren, die sie von den Technikern trennen, und die die kapitalistische Organisation der Arbeit und der Schule errichtet hat, einzureißen. Das ist in begrenztem Umfang, nach einigen positiven Erfahrungen von 1969, geschehen. Der Kampf gegen die Hierarchie der Klassifikationen betraf damals lediglich die untersten Kategorien. Das ist ein nicht unwesentliches Resultat des gewerkschaftlichen Engagements, das auf der Anerkennung des individuellen Werts der Arbeit beruht. Auch glauben wir, daß die Ausweitung und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Klassifikationen nur unter der Bedingung stattfinden kann, daß ständig erneut auf seine politische Kampf-Bedeutung, seine Einordnung in eine unzweideutige Strategie hingewiesen wird. Deshalb müssen wir auch die heutzutage praktizierte verschleiernde Lösung ablehnen, die in der Rotation der Arbeiter zwischen verschiedenen gleich untergeordneter Arbeitsstellen besteht. Diese Lösung dient lediglich dazu, die Gewinne zu steigern unter dem Vorwand, die individuelle Qualifikation des einzelnen

zu verbessern.

Der rotierende Wechsel und die Umgestaltung der Arbeiten haben nur dann Sinn, wenn man sie verallgemeinern und so die fundamentale Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit infrage stellen kann. Der Kampf darf sich nicht auf den Betrieb beschränken, sondern muß auf die Schule übertragen und auf die Gesellschaft ausgedehnt werden, als Kampf für die allgemeine Gleichheit, und somit gegen diese erste Quelle der Ungleichheit, die sich in einer Schule manifestiert, die den, der arbeitet, von dem, der lernt, trennt: ausgehend von der Parole "Niemand soll ausschließlich arbeiten und niemand ausschließlich studieren" muß eine permanente Rotation zwischen Schule und Produktion angestrebt werden. Es handelt sich dabei nicht um eine unmittelbare Forderung, um einen innerhalb dieses System möglichen Sieg, sondern um eine Parole, die eine innere (und nicht nur äußere und ideologische) Einheit zwischen Studenten und Arbeitern begründen kann, um die Schule als gesondertem Körper zu zerstören, jedwede gesellschaftliche Funktion der Reproduktion der hierarchischen Struktur zu beseitigen, den Bereich zu bestimmen, in dem ein Angriff auf die gesellschaftliche Arbeitsteilung möglich ist, und um dem Kampf der Arbeiter-Studenten jeden zwielichtigen Charakter eines Kampfes um sozialen Aufstieg zu nehmen.

Um den Kampf an diesen Punkten zu entwickeln, können die Betriebskonflikte und die traditionelle gewerkschaftliche Praxis nicht mehr genügen. Der Kampf muß viel härter und, vor allem, verallgemeinert werden. Wir können unsere Kräfte nicht in Kämpfen zerstreuen, da diese nur bei einem hohen Organisationsgrad, der über den Bereich des einzelnen Betriebes hinausgeht, gewonnen werden können. Man braucht im übrigen nur an das Hindernis zu denken, das in den letzten Monaten die fehlende Koordinierung der Kämpfe in der Schwerindustrie und der Kunststoffindustrie darstellte oder an die fehlende geographische Vereinheitlichung des Kampfes der Metallarbeiter.

Die gesellschaftlichen Kämpfe

Ein weiterer Bereich, in dem die Arbeiterklasse den Kampf aufnehmen muß, ist der Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und Einrichtungen: Wohnungsbau, Gesundheitswesen, Öffentliche Transporte, Bildung. In diesen Sektoren nämlich akkumulieren sich die Rückständigkeiten des Systems; wenn es gezwungen ist, sich zu modernisieren und zu rationalisieren, so geschieht dies im Hinblick auf unmittelbaren Profit, d.h. im Rahmen des Unternehmens. Außerdem versucht das Kapital über diese Sektoren zurückzubekommen, was es den Arbeitern im Betrieb zugestehen mußte. Der schwerste Fehler wäre also, den Reformisten diese brisanten Themen zu überlassen. Wir müssen daher für diesen Bereich unmittelbare Ziele festlegen, die vor der Eroberung der Macht realisiert werden können, um dem Kapital eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Massen abzuringen. Nur die gerissene Mentalität der Opportunisten und der infantilste Extremismus identifizieren die revolutionäre Linie mit der Parole: alles oder nichts. Ebenso wie wir die Arbeiterklasse zum Kampf für bessere Löhne aufrufen, obwohl unser Ziel die Abschaffung der Lohnarbeit ist, rufen wir zum Kampf für mehr Wohnungen und niedrige Mieten auf, obwohl wir wissen, daß nur ein kommunistisches Produktionssystem das Problem der gesellschaftlichen Konsumtion lösen kann.

Unsere Kritik an der Politik der Reformen ist also nicht so rudimentär und schematisch, wie es unsere Gegner glauben machen wollen. Was unterscheidet uns radikal von jeder Politik der Reformen? Warum beschränken wir uns nicht darauf, bestimmte Reformen zu kritisieren und andere vorzuschlagen? Aus einem sehr einfachen Grund: es ist politisch und ökonomisch unrealistisch, das Problem der gesellschaftlichen Konsumtion im Rahmen des kapitalistischen Entwicklungsmodells und der kapitalistischen Institutionen lösen zu wollen; unrealistisch und unaufrichtig.

Einige (naive und heuchlerische) Genossen - ich denke an die um das "Movimento Studentesco della Statale" in Mailand gruppierten Kräfte - sagen uns: Einverstanden, die Politik der Reformen kann im gegenwärtigen System keine wirkliche Verbesserung erreichen; das ist ein Grund mehr, um sie zu wollen. Wir provozieren so eine Krise des Systems und bei den Arbeitern das Bewußtsein von der Notwendigkeit, es zu stürzen. Warum aussprechen, daß wir den Sozialismus wollen; warum den Kämpfen explizit antikapitalistische Inhalte geben? Lassen wir die Leute für die einfachsten Ziele kämpfen, für das, was man glaubt, erreichen zu können, und wir werden den Weg zur Macht öffnen.

Diesselbe Naivität wurde vor einigen Jahren an den ouvriéristischen Positionen kritisiert, bei denen man meinen konnte, daß es genüge, soziale Forderungen zu erzwingen, um zu einer revolutionären Krise zu gelangen und sie zu lösen. Abgesehen davon, fühlen die Arbeiter die mangelnde Glaubwürdigkeit eines reformistischen Kampfes, selbst wenn sie bereit sind, sich für die Löhne hart zu schlagen.

Wenn also für uns der Kampf im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und Einrichtungen einen explizit antikapitalistischen Inhalt haben muß, so sicherlich nicht aufgrund einer Begeisterung für intellektuelle Kohärenz, sondern aufgrund unserer Konzeption vom Kampf selbst.

Der reformistische Kampf erfordert das progressive Übergreifen der bürgerlichen Formen des Konsums auf alle: bürgerliches Wohnen, individualistische Stadt-Strukturen, Schule als Mittel für Karriere und Privilegien, Gesundheit als nachträglicher Kampf gegen Krankheit. Wie der Kampf für Reformen auch immer aussehen mag, er muß zwangsläufig darauf hinauslaufen, denn anderenfalls müßte er dieses Konsumtionsmodell an der Wurzel bekämpfen, d.h. auf der Ebene der Organisation der Produktion Da die Reformisten nun die kapitalistischen Mechanismen respektieren, versuchen sie die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse zu gewährleisten, indem sie die Rente und das Parasitentum bekämpfen, nicht aber den Profit; sie wollen die nunmehr totale Verflechtung von Profit und Rente ignorieren. Auf diese Weise können sie immer nur Teilmaßnahmen erreichen, die vereinzelte Privilegien schaffen sollen und deren einzige Wirkung darin besteht, den Kern des Problems, seine ständige Verschärfung zu verschleiern und die Kräfte zu spalten, die für dessen Lösung kämpfen sollten. Man braucht nur an die Wohnungsbaupolitik während der letzten zwanzig Jahre zu denken.

Außerdem sind die Reformisten völlig unfähig, die Betriebskämpfe mit den gesellschaftlichen Kämpfen zu verbinden: Reformen erfordern Geld und Stabilität; wenn die Arbeiterkämpfe das eine absorbieren und das andere aufs Spiel setzen, kann man sie nicht mehr durchführen. Was uns anbetrifft, so glauben wir nicht nur, daß die Entwicklung der Betriebskämpfe das politische und soziale Kräfteverhältnis schaffen kann, um die Macht der Bourgeoisie auch auf anderen Gebieten anzugreifen; wir meinen vor allem, daß nur eine bestimmte Form des Betriebskampfes, der sich gegen die kapitalistische Organisation der Arbeit richtet, die sozialen Grundlagen und Träger einer wirklich neuen Lösung für das Problem der gesellschaftlichen Konsumtion schaffen kann. Wie soll die ganze willkürliche Einkommens- und Konsumtionsstruktur gesprengt werden, ohne egalitäre Kämpfe im Betrieb? Sollen wir ohne den Kampf gegen die Arbeitszeiten, die Produktionsrhythmen und gegen gesundheitsschädigende Arbeit warten bis - dank der Artikel des "Giorno" und des "Espresso" über die Ökologie - eine Kampfbewegung zur Verhütung von Krankheiten entsteht? Wie sollen wir ohne den Betriebskampf gegen die Hierarchie und ihre Mythen die Karrierefunktion der Schule zerstören?

Daraus ergibt sich ein letzter Aspekt: die Kampfformen und die organisatorischen Mittel. Für die Reformisten soll der Kampf im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und Einrichtungen einen massiven Druck auf das Parlament ausüben, um so neue Gesetze durchzusetzen. Aber das Parlament wird nicht viel unternehmen, und die Massen, die sich dessen bewußt sind, werden daher ohne Überzeugung kämpfen. Für uns soll der gesellschaftliche Kampf denselben außerinstitutionellen Charakter haben wie der Betriebskampf: unmittelbare Ziele, konkrete Gegner und Resultate, die zuerst erkämpft werden und die das Gesetz eines Tages vielleicht ratifiziert. Das heißt nicht: ein bißchen Stadtguerilla, die ausschließliche Mobilisierung von Verzweifelten, die zu jedem Einsatz bereit sind, um eine Wohnung zu bekommen; das heißt, wie im Betrieb, ein Programm formulieren, das mobilisierende und realisierbare Ziele, eine möglichst breite Bündnisfront und Kampfformen beinhaltet, die dem Gegner schaden und nicht denen, die den Kampf führen.

Wie sieht es nun mit der Organisation aus? Für die Reformisten existiert das Pro-

blem der Organisation des gesellschaftlichen Kampfes nicht. Die Gewerkschaft und die Partei genügen: die eine löst demonstrative Streiks aus, die andere hält Reden im Parlament. Vielleicht mit einer zusätzlichen Dekoration von flanierenden Studenten, die die Mao-Tse-Tung-Ideen auf die Steuerreform anzuwenden gedenken. Für uns setzt der gesellschaftliche Kampf eine Organisation an der Basis voraus, die sich auf Betriebs- und Stadtteilkomitees stützt, die sich progressiv auf eine Plattform einigt und die einen artikulierten und direkten Kampf führt, Etappen festlegt, Bündnisse schließt und sich mit der Bewegung entwickelt.

Diese Prinzipien, Genossen, sind noch ziemlich allgemein und abstrakt; weniger, weil die Ausarbeitung unserer Forderungen noch nicht genug fortgeschritten, sondern weil die Bewegung an Ort und Stelle noch nicht genügend entwickelt ist. Wir müssen uns jedoch eines vor Augen halten: in den kommenden Monaten und Jahren werden wir angesichts einer Wirtschaft, die in der Krise steckt und mit reformistischen Manövern operiert, eine Niederlage hinnehmen müssen, wenn unsere einzigen Waffen die Propaganda, die Entlarvung und einige ebenso edle und gewaltsame wie isolierte und improvisierte Kämpfe sind. Den Reifungsprozeß, durch den die Betriebskämpfe in den vergangenen zehn Jahren jene Inhalte und jene Ebenen der Organisation und des Bewußtseins erreicht haben, über die sie trotz allem heute verfügen, - diesen Reifungsprozeß müssen wir rechtzeitig voranzutreiben und zu gestalten wissen.

Die organisatorischen Mittel

Welche Instrumente benötigen wir heute, wenn diese neue Phase der Betriebskämpfe und der gesellschaftlichen Kämpfe ein Maximum an Organisation und Koordination erfordert? Wir müssen sie zum großen Teil selber herstellen, denn weder die Gewerkschaft noch die Delegiertenräte wollen und können diese Funktion haben. Das ist unsererseits kein sektiererisches Vorurteil und wir streiten nicht ab, daß es in der Gewerkschaft, in den Räten und zwischen Gewerkschaft und Räten Differenzierungen und innere Widersprüche gibt; ebenso wenig, daß sie in Anspruch genommen und in die Führung der Bewegung einbezogen werden können und müssen. Wir sagen nur, daß die Gewerkschaft und die Räte insgesamt im Gegensatz zu 1969 kein wirkliches, ja nicht einmal ein unvollkommenes Instrument des Arbeiterkampfes sein können. Das steht fest. 1970 hat sich innerhalb der Gewerkschaften viel verändert. Der auf Verbandsebene dominierende rechte Flügel hat erneut die Führung übernommen, die ihm während des letzten Jahres entglitten war. Er hat die Programme und Organisationsformen der "Kämpfe für Reformen" bestimmt, die im klaren Gegensatz zu der Linie des heißen Herbstes stehen. Er hat die verallgemeinerte Wiederaufnahme des Kampfes in den Betrieben gebremst und den Einigungsprozeß verlangsamt und bürokratisiert. Der linke Flügel hat im wesentlichen darauf verzichtet, mit eindeutigen Positionen zu kämpfen und in allen entscheidenden Punkten nur defensive Schlachten geführt. Der Verfall der Apparate und die Bürokratisierung sind noch gravierender und vollziehen sich noch schneller; vor allem in den Gewerkschaften - und diese sind in der Mehrheit -, auf die die Kämpfe nur wenig Einfluß haben: die Gewerkschaften der Kleinindustrien, der Öffentlichen Dienste und des Tertiären Sektors. All dies verbietet praktisch den kämpfenden Avantgarden, die Gewerkschaft als ihr hauptsächliches Instrument zu benutzen, auf deren Linie einzuwirken und ihre Führung zu übernehmen. Aber das ist nicht alles. Welches sind die Gründe

für diese Entwicklung und mit welchen Mitteln können wir uns, auch auf lange Sicht, ihr widersetzen? Hat ein Kampf um die Linie einen Sinn? Muß man ihn über eine linke Gewerkschaftsfraktion führen? Oder liegt das Problem viel tiefer und muß anders angegangen werden?

In unserer Plattform "Notwendigkeit des Kommunismus"* haben wir geschrieben, daß die Gewerkschaft heute in Italien eine Übergangsrealität ist: der alte ideologische Syndikalismus, Transmissionsriemen der Partei, stirbt langsam aus, ebenso wie der alte trade-unionistische und Berufs-Syndikalismus. Es bildet sich eine neue, autonome Einheitsgewerkschaft heraus, die im Betrieb auf Forderungen, die nicht mehr ausschließlich Lohnforderungen sind, und außerhalb des Betriebes auf den Kampf für die Erhaltung der Lebensbedingungen der Arbeiter ausgerichtet ist.
Dieser Wandel ist gleichsam durch die kapitalistische Entwicklung und die Entwicklung der Arbeiterbewegung gekennzeichnet. Durch die kapitalistische Entwicklung, weil das italienische Kapital in Zukunft einen starken und geschlossenen Gewerkschaftsapparat als glaubwürdigen Verhandlungspartner benötigt, der bereit ist, die Lohndynamik zu organisieren und zu steuern; durch die Entwicklung der Arbeiterbewegung, weil die Arbeiter die alten ideologischen Trennwände abschaffen müssen und eine einheitliche und demokratische Organisationsstruktur benötigen, wie es die Kämpfe der letzten Jahre aufweisen konnten. Diese Ambivalenz und dieser Widerspruch begründen unsere Weigerung, einen frontalen, liquidatorischen Kampf gegen die Gewerkschaften zu führen, wie es uns viele Gruppen nahelegten. In allen westlichen kapitalistischen Ländern hat sich die erste Tendenz durchgesetzt: die Gewerkschaft ist zu einer Institution des Systems geworden, zu einem Instrument der Kontrolle, das es der Arbeiterklasse unmöglich macht, die Grenzen eines defensiven und mit dem Gleichgewicht des Systems vereinbaren Kampfes zu überschreiten. Diese Entwicklung beruht nicht nur auf praktischen und zufälligen Gründen, wie z.B. auf der Entwicklung der bürokratischen Macht in der Gewerkschaft, der Manipulation durch die antizyklische Wirtschaftspolitik und dem ideologischen Einfluß des Systems. Sie weist einen viel wichtigeren Aspekt auf, der mit dem Begriff der Gewerkschaft selbst zusammenhängt.

Die Gewerkschaft ist ihrem Wesen nach eine widersprüchliche und provisorische Organisationsform der Arbeiterklasse. Sie setzt sich innerhalb des Systems für eine Klasse ein, deren wirkliches Interesse der Umsturz dieses Systems ist. Sie sieht sich ständig mit einer unlösbaren Alternative konfrontiert: entweder ist sie bereit, innerhalb der Logik der kapitalistischen Entwicklung zu operieren und sie erkauft die unmittelbaren Verbesserungen mit einer strategischen Verschlechterung des Kräfteverhältnisses zwischen Proletariat und Kapital; oder sie geht über diese Grenzen hinaus, und sie sieht sich dann den Folgen ihrer Aktion gegenüber (Wirtschaftskrise, politische Kämpfe), denen sie nicht gewachsen ist, und die ihre Aktionsmöglichkeiten einschränken. Marx hat nicht zufällig gesagt, daß der eigentliche Wert eines gewerkschaftlichen Kampfes immer außerhalb seiner selbst liegt, im Anwachsen des antagonistischen Bewußtseins der Klasse. Das Leninsche Konzept des Transmissionsriemens wurde als Antwort auf dieses reale Problem formuliert, auf die Tendez jedes Syndikalismus, ständig zwischen Opportunismus und Anarchismus zu schwanken. Die Antwort war jedoch für die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder nicht ausreichend. Sie führte zu einer ideologischen Spal-

*MERVE-Verlag, Berlin 1971, IMD 11

tung, die schließlich den politischen Reifungsprozeß blockierte; sie bestätigte eine Spaltung zwischen ökonomischem und politischem Kampf, die im modernen Kapitalismus immer künstlicher wird. Die Überwindung des Transmissionsriemens war und ist also nach wie vor eine objektive Notwendigkeit des Klassenkampfes.
Wenn wir nicht in einen integrierten Syndikalismus verfallen wollen, können wir nur durch einen Kampf gegen die Gewerkschaft als solche und deren, wenn auch nur schrittweise, Überwindung auf den Transmissionsriemen verzichten. Solange das kapitalistische System fortbesteht, wird die Arbeiterklasse immer auf Vereinbarungen, Verträge und somit auf eine gewerkschaftliche Artikulation angewiesen sein. Und solange eine Gesellschaft fortbesteht, die auf Ungleichheit beruht und in Klassen gespalten ist, wird es nicht möglich sein, eine Trennung zwischen Massen und Avantgarde, langfristigen und unmittelbaren Interessen, zwischen einem besonderen Bereich der Klasse und der Klasse in ihrer Gesamtheit zu vermeiden.
Es ist äußerst gefährlich, diese Dialektik ausschließlich zugunsten der Avantgarde und der Partei aufzuheben: die Massen müssen über organisatorische Orte und Mittel verfügen, um sich direkt und autonom artikulieren zu können. Das bedeutet nicht, daß man eine Dialektik perpetuieren muß zwischen einer stark zentralisierten Gewerkschaftsorganisation, die die "ökonomische" Vertretung der Klasse gewährleistet, und einer politischen Organisation, die im parlamentarischen Rahmen oder auf der Straße agiert. Die Überwindung der Gewerkschaft hängt von der Entwicklung autonomer und einheitlicher Organismen der Arbeiterklasse ab, die von unten nach oben verwaltet werden, und sowohl politisch als auch gewerkschaftlich sind, d.h. den Räten, die sich nach Sektoren und Regionen im Hinblick auf ihre eigenen Kämpfe koordinieren. Diese Räte sind auch Verhandlungsinstrumente. Eine politische Avantgarde, die sich nicht auf den Betrieb beschränkt, bildet sich und operiert in ihrer Mitte. Natürlich geht dies nicht von einem Tag zum anderen, diese Struktur läßt sich nicht improvisieren. Aber eines ist nur möglich: entweder glaubt man, daß die Arbeiterklasse nicht selbst die Instrumente für die direkte Organisation ihres unmittelbaren Kampfes schaffen kann, daß sie, selbst auf der Ebene der Forderungen, langfristig eine externe, von Berufsfunktionären beherrschte Struktur benötigt; und dann hat diese Struktur faktisch den Charakter einer Halbpartei, und es ist legitim, von ihr zuerst eine Entscheidung zwischen Reformismus und Revolution, zwischen der Funktion als Transmissionsriemen eines revolutionären Programms und der Funktion als Transmissionsriemen des Systems, zu verlangen. Oder aber man glaubt, daß die Arbeiterklasse, durch die Aktion ihrer eigenen Avantgarde vorangetrieben und geführt, nach und nach die Instrumente ihrer unmittelbaren, nicht korporativen Kämpfe schaffen kann, und dann muß das Konzept der Gewerkschaft als solches infrage gestellt werden.

Hier geht es nicht um ideologische Spekulationen, sondern um Ergebnisse der Erfahrungen. Die Kampferfahrung zerstört die Trennung zwischen Ökonomie und Politik und verbindet die Betriebskämpfe mit den allgemeinen Kämpfen. Wenn man eine Verkettung zwischen Spontaneität und Bewußtsein, zwischen Massen und Avantgarde aufrecht erhalten will, so ist dies nicht mehr mit zwei Organisationen möglich, die beide im gleichen Maße außerhalb der Bewegung stehen und zentralisiert sind, der traditionellen Partei und der Gewerkschaft. Die Dialektik Partei-Räte ist die einzig mögliche. Deshalb haben wir in den letzten Jahren dem Entstehen einer einheitlichen und direkten Vertretung der Klasse im Betrieb so große

Bedeutung beigemessen und die Tendenz der Gewerkschaft, sie auf eine ephemere Realität zu reduzieren, und sie als Basis-Organismus zu integrieren, bekämpft; und deshalb weigern wir uns heute auch, auf die Entwicklung der Gewerkschaft zu antworten, indem wir versuchen, einen linken Gewerkschaftsflügel zu initiieren. Unsere unmittelbare strategische Linie beinhaltet die Entwicklung autonomer Organisationen der Klasse, sowohl politischer als auch gewerkschaftlicher, die zwangsläufig neben der Gewerkschaft existieren, sie bekämpfen und sie zwingen werden, den richtigen Weg einzuschlagen und deren militanteste Elemente für sich gewinnen werden. Das ist auch ein Mittel, um eine Dialektik innerhalb der Gewerkschaft zu initiieren und auf ihre Entscheidungen Einfluß zu nehmen. Das sind übrigens gar keine neuen Gedanken: Vom Thema der Räte ging 1919 - unter dem Druck der Massenkämpfe und des großen Experimentes der Sowjets - die Analyse Gramscis aus.

Daraus ergibt sich jedoch unmittelbar eine Frage. Können die neuen aus der Bewegung hervorgegangenen Strukturen, die Delegiertenräte, bereits in diese Richtung gehen und eine "Alternative" in der Organisation des Kampfes darstellen? Vor einem Jahr hatten wir gehofft, daß dies möglich sei, und wir forcierten ein wenig unsere Interpretation der Dinge, um ihre Entwicklung voranzutreiben. Heute wäre es absurd, noch weiter daran zu glauben. Die Delegiertenräte haben überwiegend all die regenerierende Wirkung eingebüßt, über die sie ursprünglich in vielen Fällen verfügten. Die meiste Schuld trifft die Gewerkschaft und in erster Linie den linken Flügel, der an der Spitze des Kampfes für die Syndikalisierung der Räte stand, in der Hoffnung, sie als Element des Bruchs gegen die traditionelle bürokratische Trägheit benutzen zu können. Er ist aber auf diese Weise im Begriff, die Räte zu zerstören. Auch zahlreiche Minderheitsgruppen tragen einen Teil der Verantwortung, weil sie sich geweigert haben, den Kampf innerhalb der Räte zu führen. Ebenso haben es die Arbeiter-Avantgarden nicht verstanden, in den Räten eine Führungsrolle zu übernehmen, d.h. eine Linie, Kader und eine koordinierte Aktion anzubieten. Die Räte haben nie eine Rolle über den Betrieb hinaus gespielt, und selbst im Betreib konnten sie den Entscheidungen der Gewerkschaft nur einen episodischen und spontanen Widerstand entgegensetzen.

Es gibt zweifellos auch heute noch sehr starke Spannungen zwischen Gewerkschaft und Räten und innerhalb der Räte selbst; und diese Spannungen verschärfen sich noch in dem Augenblick, wo sich der Rechtsrutsch der Gewerkschaft eindeutiger manifestiert. Doch sind die Betriebsdelegiertenräte bis auf ein oder zwei Ausnahmen kein Ersatzinstrument für die Organisation der Kämpfe; sie lassen sich manipulieren und sind am Ende ihrer Kräfte, sie sind mehr Ort für Auseinandersetzungen als ein mögliches Führungsorgan für die Arbeiterklasse.

Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr. Denn die Betriebsdelegiertenräte (wie im übrigen die Studentenbewegung als autonome Massenbewegung) haben sich außerhalb der Sphäre, von der wir gesprochen haben, nicht entwickelt, weil diese Entwicklung nur möglich ist, wenn innerhalb dieser gesellschaftlichen Wirklichkeit eine organisierte Avantgarde besteht, für die das Rätekonzept den strategischen Angelpunkt darstellt, der wirksam und reif genug ist, die impliziten Ansprüche der Kämpfe zu interpretieren, den Rückfall in den Korporatismus zu bekämpfen und die verschiedenen

Sektoren der Bewegung zu vereinheitlichen. Man muß die spontaneistische Illusion bekämpfen, die sich häufig hinter der Rätelinie abzeichnet, und im Gegenteil unterstreichen, daß die Rätestrategie ein Maximum an Organisation, Reife, Kadern und Antizipationsvermögen erfordert. Andernfalls wird der Aufschwung der Bewegung an dem permanenten Schwanken zwischen Anarchismus und Jakobinertum scheitern. Wenn wir das, was in den Räten noch lebendig ist, retten und ihren Autonomie-Anspruch aufrecht erhalten wollen, müssen wir außerhalb und unabhängig davon ein Instrument besitzen, einen organisatorischen Ort, mit dem sich die Avantgarden identifizieren, in dem sie sich organisieren und eine Linie ausarbeiten.

Damit sind wir bei der Konzeption, bei dem Organisationsvorschlag, den wir heute machen wollen, angelangt: den politischen Komitees.

Was verstehen wir unter politischem Komitee? Es ist ein Organ der permanenten Organisierung der Avantgarde in einem gegebenen Betrieb, in einem gegebenen Stadtteil und einer gegebenen Region, das so eine konkrete Situation des Kampfes ausdrückt und das ihn auf der Grundlage einer Plattform und konkreter Perspektiven zu führen sucht. Es handelt sich also nicht um ein Basis-Komitee, weil es über den Rahmen der rein trade-unionistischen Forderungen im Betrieb hinausgeht, und sich nicht nur als Organ der Spontaneität in einer verschärften Phase des Kampfes darstellt. Ebensowenig ist es das Basis-Organ der neu entstehenden Partei, weil es direkter Ausdruck eines gesellschaftlichen Protestes ist, und weder eine Festlegung auf eine strategische Linie voraussetzt, noch eine Disziplin gegenüber einer nationalen Organisation; vollständige Übereinstimmung ist nur bei konkreten Kampfentscheidungen erforderlich. Solche Organismen entsprechen heute einem Massenbedürfnis. Wenn es uns gelingt, gemeinsam ein weit verzweigtes Netz von politischen Komitees zu spannen, dann haben wir den Ansatz einer organisatorischen Struktur, die für die permanente Führung des Kampfes und den Aufbau der Bewegung auf der Grundlage der festgelegten Etappen und Linien notwendig ist. Das ist unser vorrangiges Ziel in den Betrieben; dafür müssen wir jedes Sektierertum, jeden Gruppenpatriotismus und jede propagandistische Absicht aufgeben. Deshalb müssen wir uns davor hüten, dieses Konzept zu prostituieren, seine Physiognomie zu entstellen und seine Glaubwürdigkeit durch willkürliche Experimente aufs Spiel zu setzen, etwa durch das auf jeden beliebigen improvisierten Organismus aufgeklebte Etikett "politisches Komitee", durch einen Namenswechsel von gegenwärtig außerbetrieblich agierenden Gruppen oder durch eine überstürzte Neugruppierung von Kräften auf einer zu schmalen politischen Basis. Beschränken wir vielmehr die Zahl der politischen Komitees auf signifikante und günstige Modellsituationen, aber arbeiten wir ernsthaft an ihrem Aufbau.

Sobald ein politisches Komitee vorhanden ist, ist es absolut unerläßlich, daß es etwas Konsistentes darstellt, daß es in der gesellschaftlichen Wirklichkeit seines jeweiligen Interventionsfeldes verwurzelt ist und daß es in der Lage ist, eine Plattform aufzustellen und den Kampf erfolgreich zu führen.

Das politische Komitee ist eine organisatorische Übergangsform, die einzig mögliche, solange es keine revolutionäre Partei und keine echte Rätestruktur gibt. In ihm sind zwei Perspektiven angelegt: einerseits ist es die praktische Präfiguration einer neuen Partei, und anderseits initiiert es den Aufbau von Einheitsorganismen unter Führung

der Klasse. Es wäre absurd, seine genauen Merkmale festzulegen, da es sich eben um eine organisatorische Übergangsform handelt. In bestimmten Fällen ist es aufgrund der Stärke der mobilisierbaren Avantgarden vorteilhafter, direkte Forderungen zu erheben; in anderen Fällen ermöglicht der Reifegrad der politischen Erfahrung eine globale bewußtere Intervention. Wir müssen hier auseinander gehen mit einem koordinierten Arbeitsprogramm, das schon die Möglichkeit geographischer und sektorieller Verbindungen berücksichtigt, ohne die die Erfahrung der politischen Komitees nicht einmal beginnen könnte. Der Typ von Plattform, den wir vorschlagen, und die zu ihrer Stützung notwendige Organisationsstruktur werfen in entscheidender Weise die Frage der Kräfteverhältnisse der Koalitionen und Bündnisse auf. Wir treten in eine politische und gesellschaftliche Phase ein, in der das grundlegende Ziel der Bourgeoisie die Isolierung der Avantgarde von den Massen sein wird. Und wir dürfen die ihr zur Verfügung stehenden Mittel nicht unterschätzen: die Erpressung durch Arbeitslosigkeit und der Kuhhandel mit PCI und Gewerkschaft.

Wir dürfen dieser Gefahr nicht entgegentreten, indem wir auf offensive Kämpfe verzichten, und den Aufbau einer autonomen revolutionären Organisation hinausschieben. Aber das heißt nicht, daß man sich nicht ständig bemühen muß, die Front zu erweitern und die Zwischenkräfte zu neutralisieren. Dessen müssen wir uns sehr bewußt sein, weil es in Perioden, in denen man sich, wie heute, von den traditionellen Organisationen entfernt, sehr leicht ist, sich zu einer sektiererischen Dynamik hinreißen zu lassen. Für uns ist nicht nur die Eindeutigkeit unserer Ziele und die Zahl der mobilisierbaren Avantgarden entscheidend, sondern auch der praktische Einfluß, den wir auf einen Teil derer ausüben können, die nach wie vor den traditionellen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen folgen. Es ist allzuleicht, sich mit diesem Punkt einverstanden zu erklären, und viel schwerer, kohärent zu intervenieren.

Es gibt eine typische Form des Sektierertums, die darin besteht, ständig die Kampfeinheit mit den unpolitisierten, beeinflußbaren und unorganisierten Massen zu unterstreichen, jedoch auf hypothetischer Grundlage. Dieser Appell an die Massen reicht vor allem in der gegenwärtigen politischen Situation, nicht aus, um die Front zu erweitern. Es muß uns gelingen, einen Teil der mittleren Kader und aktiven Mitglieder weniger der PCI als der Gewerkschaft zu beeinflussen, einzubeziehen oder zumindest zu polarisieren. Es muß also ganz deutlich sein, daß wir die Aktionseinheit über konkrete und zwingende Ziele anstreben, wobei wir die Militanten des reformistischen Lagers miteinbeziehen, ohne an sie andere Bedingungen zu stellen, als die in der Plattform und den Kampfformen enthaltenen. Ebenso wie wir jede Form von Entrismus verurteilen, dürfen wir nicht in die Logik des Sozialfaschismus verfallen, für den die PCI und die Gewerkschaft die Hauptfeinde sind.

Gibt es reale Möglichkeiten, auf einen Teil dieser Kräfte einzuwirken? Sicherlich nicht in der Spitze der großen Organisationen; ihre rapide Integration schränkt die Aktionsfreiheit ihrer Linksopposition immer stärker ein, die folglich auf derartig überholten Positionen verharren (wenn sie verharren), daß nunmehr jede reale Voraussetzung für eine Aktionseinheit fehlt, die ohnehin nur Verwirrung stiften und in gegenseitigen Manipulationen bestehen würde. Aber gerade diese Rechtsentwicklung führt auf der anderen Seite zu immer häufigeren Krisensituationen in diesem oder

jenem Betrieb, dieser oder jener Region, in dieser oder jener Frage. Einige große Organisationen, wie z.B. die FIOM und die FIM, stecken in einer ziemlich ernsten Krise. Hier bietet sich uns ein Rahmen für die Analyse und die Aktion, der es uns ermöglicht, die reformistischen Organisationen zu stören, ihre Widersprüche und ihre Kurswechsel auszunutzen, und bei ihren Anhängern einen Konflikt über konkrete Probleme und konkrete Trennungspunkte zu verschärfen. Wir dürfen nicht ständig nur den wechselseitigen Einfluß der Reformisten und der Revolutionäre untersuchen; ebensowenig dürfen wir uns ausschließlich auf die Möglichkeit beschränken, Kämpfe der ideologischen Klärung auszulösen. Es muß gelingen, die Unsicherheiten und widersprüchlichen Bewegungen des Gegners auszunutzen, um eine Praxis anzutreiben, die in Widerspruch zu seiner strategischen Linie gerät. Lenin versuchte wenige Monate nach der Spaltung von Livorno, die Kommunisten gründlich in diese Richtung zu engagieren; die Tatsache, daß seine Lehre zu spät aufgegriffen wurde, hat zur Isolierung der PCI geführt; sie konnte sich aus ihr nur befreien, indem sie vom einen Extrem ins andere fiel: in eine pausenlose und opportunistische Suche nach Einheit. Wir müssen von vornherein jedes Sektierertum vermeiden, um uns in der Folge gegen ein langsames Hinwenden zum "Taktizismus" abzusichern.

Ein letzter Punkt, Genossen. In diesem Bericht habe ich noch nicht jene Frage berührt - noch weniger bin ich auf sie direkt eingegangen -, die uns heute für den Arbeiterkampf entscheidend zu sein scheint: das Verhältnis zwischen dem Norden und dem Süden, zwischen Arbeitern und Bauern. Ich habe es aus zwei Gründen nicht getan. Zunächst, weil unsere Theoriebildung und unsere praktische Erfahrung noch begrenzt sind; bevor wir versuchen, einen Mißstand zu verschleiern, geben wir ihn lieber eindeutig zu, um uns danach ernsthaft um seine Beseitigung zu bemühen. Ein Arbeiterkampf, der nicht an erster Stelle die Probleme des Mezzogiorno, der Emigration und der Arbeitslosigkeit aufgreift, muß der reformistischen Linie unterlegen sein und schließlich von ihr geschlagen werden. Wir wollen jedoch, daß dieses Problem mit der notwendigen theoretischen Vertiefung angegangen wird, und mit dem Aufbau eines Minimus von organisierten Strukturen im Mezzogiorno. Andernfalls wären alle unsere Appelle umsonst. Und mit diesem Problem wollen wir uns in den nächsten Monaten auseinandersetzen.

Der zweite Grund unseres Schweigens ist folgender: wir glauben, daß das Problem des Mezzogiorno und der Emigration der Arbeiterproblematik nicht vorangestellt werden darf, sondern in sie einbezogen werden muß. Wir glauben nicht an den solidarischen Kampf und an die demokratische Programmierung und in dieser Hinsicht glauben wir, daß alles, was hier von uns gesagt und für den Arbeiterkampf angeregt wurde, eine Linie für den Mezzogiorno darstellt. Natürlich beschränkt sich der Kampf um den Mezzogiorno nicht allein darauf, aber eben das können die Arbeiter, insbesondere die Arbeiter des Nordens, für die Genossen im Süden oder in der Emigration tun, weil es die objektive Grundlage für die politische Neubildung des italienischen Proletariats ist.

Genossen,
Ich komme zum Schluß. Ich glaube nicht, in diesem einleitenden Bericht unsere Schwierigkeiten und die der Arbeiterklasse verschleiert zu haben; auch wollte ich nicht - wie dies häufig der Fall ist - ein euphorisches Bild unserer Bewegung ver-

mitteln und der Kräfte, die wir schnell mobilisieren können. Das Ziel, das wir uns setzen, das wir für historisch möglich halten, ist nicht darauf gerichtet, irgendeinen exemplarischen Kampf zu führen, oder für eine entfesselte Minderheit einzutreten, sondern darauf, die Hegemonie der Reformisten über die breiten Massen zu bekämpfen, eine revolutionäre Praxis des gesamten italienischen Proletariats, einen Block von Klassenbündnissen mit diesem als Kern und einen siegreichen Kampf aufzubauen.

Wir wissen, daß wir einen langen und schwierigen Weg vor uns haben, der viel Realismus, Hartnäckigkeit und nicht nur auflodernden Enthusiasmus erfordert. Aber dieser Realismus heißt für uns keineswegs, daß das Ziel der Revolution, der Umwälzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, nicht eine aktuelle Aufgabe für die Arbeiterklasse ist. Hier liegt die eigentliche Kluft, die uns von der PCI und der gesamten traditionellen Linken trennt; hier ist der grundlegende Optimismus, der es uns ermöglicht, eine Verantwortung zu übernehmen, die in keinem Verhältnis zu unseren gegenwärtigen Kräften zu stehen scheint. In den Kämpfen der Arbeiter und Studenten hat sich eine grundlegende und massenhafte Verweigerung, der kapitalistischen Weise, zu leben, zu arbeiten, zu konsumieren und die Gesellschaft zu organisieren, ausgedrückt und radikalisiert. Das System ist weder in der Lage, diese Kraft, dieses Massenbedürfnis gewaltsam zu zerschlagen, noch sie durch ein reformistisches Operieren zu absorbieren. Aufgrund dieser Erkenntnis müssen wir entscheiden, ob diejenigen, die das neue revolutionäre Bewußtsein des westlichen Proletariats auszudrücken suchen, Extremisten sind, oder ob im Gegenteil jene, die nicht mehr den Mut oder einfach das Interesse haben, das System infrage zu stellen, Opportunisten sind. Tausende von Jugendlichen haben in den letzten Demonstrationen ihre Stimme erhoben: "Sie nennen uns Extremisten, weil wir den Kommunismus wollen." Was ist daran verwunderlich? Das Wort Kommunismus ist künftig und war schon immer das Alibi und der rituelle Vorwand derer, die mehr oder weniger korrekt ein Stück Macht in dieser Gesellschaft verwalten. Die Radikalität der kommunistischen Perspektive in das Leben der Menschen hineintragen, und in erster Linie dorthin, wo die Entscheidung zwischen Kapitalismus und Kommunismus fällt, in den Betrieb in die tägliche und prosaische Praxis der Arbeiterklasse, das ist unser Extremismus, das ist unser Ziel.

Dieser Optimismus, dieses Bewußtsein der historischen Möglichkeit, die es zu nutzen gilt, sind es, die unser Streben nach Einheit beinahe in Leidenschaft verwandeln. Und unsere gemeinsame Parole für diesen Kongreß lautet:

EINHEIT DER KLASSENLINKEN, damit die kapitalistische Gegenoffensive und das reformistische Komplott zerschlagen werden.

EINHEIT DER KLASSENLINKEN
FÜR DEN
KOMMUNISMUS

Anmerkungen

1) Stellvertretender Generalsekretär der PCI (Berlinguer); Gouverneur der Bank von Italien (Carli); Chef der Industrie mit Staatsbeteiligung (Glisenti) .

2) Der Versuch einer Öffnung nach rechts, bis zu den Monarchisten und Faschisten, der seit langem von Scelba empfohlen und von Tambroni verwirklicht wurde, hatte am 20. Juli 1960 zu einem Volksaufstand geführt. Von diesem Zeitpunkt datiert die Öffnung nach links, die sich als einziger Ausweg anbot.

3) Der "Qualunquismus" war eine gegen die Parteien gerichtete und anti-politische Protestbewegung des rechten Kleinbürgertums,- vergleichbar dem Poujadismus.

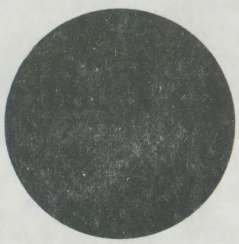
notwendigkeit des kommunismus
die plattform von »il manifesto«

internationale marxistische diskussion 11
merve verlag berlin

G.b.R.: Hans D. Baumann Rainer Diehl Gotthard Esswein
Dierk van den Hövel Helmut Forberg Detlef Schieffer

POLITBUCHKOLLEKTIV
ROTER PUNKT

Soziologie
Ökonomie
Politologie
Philosophie
Pädagogik
Psychologie
mat. Ästhetik
Kinderbücher



Roter Punkt 35 Kassel Frankfurter Straße 72 Telefon 0561/24778

---

links

Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 24 Seiten
Aktionsmodelle,
Beiträge zur sozialistischen
Theorie und Strategie,
Berichte aus der Linken
international.
„links" ist illusionslos,
undogmatisch –
eine Zeitung für Theorie der Praxis
und für Praxis der Theorie.

Einzelpreis DM 1.20
Bezugspreis, jährlich, DM 15.–.
Probenummern bei
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 525.

Probenummern anfordern bei
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 591

INTERNATIONALE MARXISTISCHE DISKUSSION

1 Charles Bettelheim
Über das Fortbestehen von Warenverhältnissen in den sozialistischen Ländern DM 2,–

2 Lucio Colletti, Lucio Libertini, Livio Maitan, Lucio Magri
Über Lenins "Staat und Revolution" – heute DM 5,–

3 Martin Nicolaus
Konkurrenz und Mehrwert. Zur Klassentheorie bei Marx DM 4,–

4 Eduarda Mas
Der Marxismus von Mao und die europäische Linke DM 2,–

5 Partei und Klasse. Eine Diskussion zwischen Jean-Paul Sartre und "Il Manifesto". Einleitung: R. Rossanda DM 3,–

6 Jean Laplanche
Marcuse und die Psychoanalyse DM 2,–

7 Lucio Colletti
Zur Stalin-Frage DM 2,–

8 Maurice Godelier
System, Struktur und Widerspruch im "Kapital" DM 2,–

9 Ernest Mandel, Martin Nicolaus
Kontroverse über die Möglichkeit einer Revolution in den USA DM 4,–

10 Louis Althusser
Freud und Lacan DM 2,–

11 Notwendigkeit des Kommunismus. Die Plattform von "Il Manifesto" DM 5,–

12 Mario Tronti
Extremismus und Reformismus DM 4,–

13 Martin Nicolaus
Die Objektivität des Imperialismus. Anti-Mandel
Ernest Mandel
Die Widersprüche des Imperialismus DM 8,–

15 Ralph Miliband
Marx und der Staat DM 2,–

17 Rossana Rossanda
Der Marxismus von Mao Tse-tung DM 2,–

18 Adriano Sofri/Luciano Della Mea
Zur Organisation und Strategie von Lotta Continua DM 5,–

19 Alfred Sohn-Rethel
Materialistische Erkenntniskritik und Vergesellschaftung der Arbeit
2 Aufsätze DM 4,–

20 "Classe e Stato"
Frederico Stame, Nicoletta Stame, Luca Meldolesi
Die Dialektik von Partei und Massen in der chinesischen Theorie –
Bericht eines FIAT-Arbeiters über die Arbeitsorganisation in der chinesischen Fabrik DM 2,–

21 Massimo Salvadori, Vittorio Rieser
Ratesystem und Maoismus. DM 5,–

22 "Base Ouvrière"
Revolutionäre Betriebsarbeit bei Renault-Flins DM 6,–

23 "Il manifesto"
Für eine organisierte politische Bewegung DM 4,–

24 "Que faire"
Klassenkämpfe in Frankreich seit dem Mai 1968 DM 5,–

25 "Il manifesto"
Thesen zur Schul- und Hochschulpolitik DM 5,–

26 Antonio Negri
Zyklus und Krise bei Marx DM 5,–

ARBEITSPAPIERE

1. Serafini/Magri/Pintor
Die Einheit der Klassenlinken herstellen
Nationale Arbeiter-Konferenz der Gruppe "Il Manifesto"
Mailand 30. - 31. Jan. 1971 DM 1,80

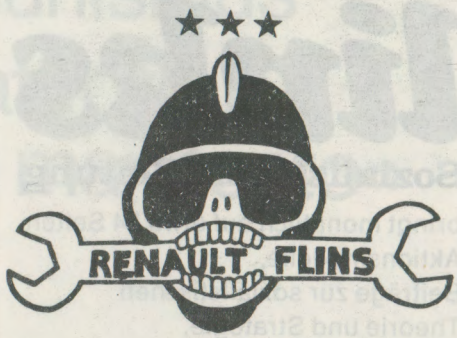
2. Giampiero Mughini
Die KP Italiens und die nicht-reformistischen Gruppen DM 2,80

3. Revolutionärer Kampf (ehem. BPG Frankfurt)
a) Untersuchung-Aktion-Organisation
b) Zur politischen Einschätzung von Lohnkämpfen DM 1,50

4. Woher kommen die richtigen Ideen
Eine Kontroverse zwischen "Il Manifesto" und "Lotta Continua"
DM 2,30

5. Kongreß gegen politische Unterdrückung. ca. DM 5,–
FU Berlin 24.4. – 26.4.72
Referate und Diskussionen

6. Jean-Claude Gutrin:
Die französische Lehrergewerkschaft – Analyse und Kritik DM 2,–



"BASE - OUVRIERE"
REVOLUTIONÄRE BETRIEBSARBEIT
BEI RENAULT-FLINS

INTERNATIONALE MARXISTISCHE
DISKUSSION 22

© Merve Verlag GmbH Berlin 1971

Übersetzung: Brigitte Lamprecht Hans Jürgen Heckler